

Sattler-Zeitung

Nr. 12.

Berlin, den 4. Juni 1909.

23. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage freitags.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen pro
Drittelsjahr 60 Pfennig.

Verlag und Redaktion:
Peter Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 56.
Telephon: Amt IV, 2120.

Inserate die 3gespaltene Petit-Zeile 30 Pfg.
bei Wiederholungen bedeutende Ermäßigung.

Inhalt: An unsere Abonnenten. Die deutlichen Gewerkschaftskämpfe im Jahre 1908. — Was ist Arbeit? — „Ich trete aus! — Gau Hamburg — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Verein. — Aus anderen Organisationen. — Wirtschaftliche Rundschau — Rundschau. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen der Sattlerverwaltung. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Bücherchau. — Anzeigen.

An unsere Abonnenten!

Unsere verehrten Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß die „Sattler-Zeitung“ mit dem 18. Juni d. J. ihr Erscheinen einstellt, an deren Stelle die ab 2. Juli in Berlin erscheinende

„Sattler- und Portefeuille-Zeitung“

tritt. Wir erlauben daher unsere verehrlichen Abonnenten, dies zu berücksichtigen und die baldige Bestellung bei der Post zu veranlassen, wodurch eine rechtzeitige Zustellung ermöglicht wird.

Die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ erscheint ab 2. Juli 1909 wöchentlich. Das Abonnement, durch die Post bezogen, beträgt 1,20 Mk. pro Quartal.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Bamberg. In der Lederwarenfabrik Pantner sind wegen der Zugehörigkeit zur Organisation Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Dresden. Die Kollegen werden gebeten, Arbeitsangebote der Firma Faust stritte abzulehnen.

Samburg. Ueber die Kofferfabrik der Firma B o s s wurde wegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt.

Salle. Vier stehen die Kollegen in einer Anzahl von Betrieben im Streik. Zugang ist unter allen Umständen streng fernzuhalten.

Das Jubiläum der Dreiklassenschmach.

Am 30. Mai war die preussische Dreiklassenschmach 60 Jahre alt. An diesem Tage hob vor 60 Jahren der König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., kurzerhand das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf und oktroyierte jenes Dreiklassensystem, das zwar Bismarck schon vor vielen Jahrzehnten das elendeste aller Wahlsysteme genannt hat, das aber in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit noch heute besteht.

Das Dreiklassenwahlrecht verdankt seine Entstehung einem Gewaltstreich der Krone, einem nackten Verfassungsbruch. Unter dem Eindruck der Ereignisse des 18. März 1848 hatte der König von Preußen die preussische Nationalversammlung einberufen, die „Versammlung, zu dem Zwecke gewählt, eine Verfassung mit der Krone zu vereinbaren“. Aber so schwächlich auch diese konstituierende Versammlung auftrat, der feudalen Kammer, der „kleinen aber mächtigen Partei“ der Junker, an deren Spitze der Generaladjutant des Königs, von Gerlach, stand, war sie von Anbeginn

ein Dorn im Auge. Als gar im Kampfe mit dieser staatsrechtlicherischen Kammer die Nationalversammlung im September 1848 den Beschluß faßte, daß die Offiziere den reaktionären Bestrebungen fern zu bleiben oder ihren Abschied zu nehmen hätten, holte die höfisch-pauferliche Kammer zum Schutze aus. Der General Wrangel wurde Oberbefehlshaber in den Marken. Seine Vereidigung zum Beschluß faßte er in die Worte: „Die Truppen sind gut, die Schwerter scharf geschliffen, die Ägel im Lauf.“ Der am 2. November zum Minister des Innern ernannte Mann der Kammer, Graf Brandenburg, zögerte denn auch nicht lange. Zwar sandte die Nationalversammlung eine Deputation zum König, die ihm Vorstellungen wegen der reaktionären Intrigue machen sollte, allein Friedrich Wilhelm IV., der ein paar Monate vorher noch vor jedem einzelnen Worte der Berliner Barrikadenkämpfer den Dol gezeugen hatte, drehte der Deputation einfach den Rücken. Zwar rief ihm Johann Jakob das Wort nach: „Das ist immer das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Allein dieser Bürgerstolz eines einzelnen vermochte das aus der Sozialpolitik und Wachstumsfähigkeit des Bürgertums und seiner Vertreter erwachene Verhängnis nicht mehr aufzuhalten. Wenige Tage später ließ General Wrangel die Nationalversammlung mit den Kajonnetten auseinanderreiben, nachdem er vorher die Bürgerwehr entlassen hatte.

Friedrich Wilhelm IV. aber oktroyierte eigenmächtig eine neue Verfassung und am 6. Dezember ein neues Wahlrecht. Dies neue Wahlrecht raubte zwar 700 000 Bürgern ihre Rechte, erschien aber bald der Reaktion noch allzu liberal, so daß es am 30. Mai 1899 durch das famose Dreiklassenwahlgesetz ersetzt wurde.

Wenn die preussische, die deutsche Arbeiterklasse des Jubiläums der Dreiklassenschmach gedenkt, so geschieht das mit dem festen Entschluß, das Volk endlich von dieser Kulturverschmäh zu befreien. Denn so wenig das liberale Bürgertum in den 60 Jahren gelernt hat, eine so gewaltige Veränderung hat sich doch in breiten proletarischen Volksmassen vollzogen. Die Arbeiterklasse ist zum politischen Denken, zum politischen Selbstbewußtsein erwacht und fordert mit allem Nachdruck den ihr gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung auch des preussischen Staates.

Welche Bedeutung das preussische Abgeordnetenhaus für die arbeitende Klasse besitzt, ergibt sich schon aus einem flüchtigen Blick auf die gesetzgebenden Funktionen, die ihm vorbehalten sind. Da handelt es sich beispielsweise um das wichtigste Verkehrsunternehmen, die Eisenbahnen. Die Eisenbahnpolitik, überhaupt die ganze Verkehrs politik, wird im preussischen Landtag gemacht. Das Schicksal der riesigen Armee der preussischen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter ruht in den Händen der preussischen Gesetzgebungsorgane, des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses. Die Zahl der preussischen Eisenbahnbeamten beträgt allein 180 000 und nach Hunderttausenden zählen auch die Eisenbahnarbeiter. Die Zahl der preussischen Staatsbeamten und Arbeiter überhaupt beläuft sich auf weit über 3 Millionen.

Nicht nur die Staatsarbeiter, sondern auch die Staatsbeamten sind zum größten Teil Proletarier. Sich dieser Proletarier mit aller Energie anzunehmen, ist die Pflicht der proletarischen Klassenbewegung. Die kleine sozialdemokratische Fraktion ist denn auch in der verflochtenen Session eifrig bemüht gewesen, die Interessen der Staatsproletarier zu wahren. Gelegenheit dazu bot ja das Beamtenbesoldungsgezet. Freilich ist es unsern Genossen trotz aller Bemühungen nicht gelungen, für die schlechtbezahlten Unterbeamten eine angemessene Gehaltserhöhung durchzusetzen. Die elenden Gehälter der Unterbeamten wurden kaum um 20 Proz. aufgebessert, während man die Gehälter der Schulente, Gendarmen, Förster und mancher höheren

Beamtenkategorie um 30 bis 40 Proz. erhöht hat. Regierung und bürgerliche Parteien lehnten die sozialdemokratischen Anträge mit der faulen Ausrede ab, daß kein Geld dafür da sei. Es war aber Geld genug da, um für die Gehaltserhöhung der Geistlichen und für Schaffung neuer Pfarrstellen 13½ Millionen jährl. Mehrausgaben zu bewilligen! Und das, trotzdem von sozialdemokratischer Seite ziffermäßig nachgewiesen worden war, daß die Kirche keinen höheren Staatszuschuß gebrauche, da viele Geistliche, sogar in den kleinsten Pfarren, Einkommen von 6000, 7000, 8000, ja 10 000 Mk. und mehr beziehen, man diese durch nichts begründeten Mehreinkommen also nur zu beschneiden brauchte, um den schlechter gestellten Geistlichen jede Gehaltszulage gewähren zu können.

Also streckenlose Geldverschwendung auf der einen und jämmerliche Unterbeamtengehälter auf der andern Seite! Und ebenso rücksichtslos, wie der Staat seine Unterbeamten ausbeutet, teilt er auch seine Arbeiter aus. Daß diese Arbeiter bei der Besoldungsreform völlig leer ausgegangen sind, verriet sich ja in Preußen von selbst. Das Drängen der Sozialdemokratie, doch zugleich mit der Beamtenbesoldung auch eine Aufbesserung der Löhne der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wurde von der Regierung und bürgerlichen Parteien unter dem Vorwand abgewiesen, daß ja die Arbeitslöhne ohnehin ausreichend gestiegen seien und daß vollends in der Zeit der Krise von Lohnzulagen keine Rede sein könne.

Wie sich diejenige der bürgerlichen Parteien, die ganz besonders mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit renommiert, das Zentrum, der Interessen der Arbeiter annimmt, dafür ist ein Fall besonders bezeichnend. Der Vertreter der Sozialdemokratie hatte bei einer besonders schlecht entlohnenden Schicht sozialistischer Vergarbeiter eine Lohnzulage von 30 Pf. gefordert. Da schied das Zentrum den famosen Arbeitervertreter Brunt vor, der die Regierung aufforderte, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen!

Aber nicht nur, daß der Staat seine Beamten und Arbeiter ungenügend entlohnt und durch überlange Arbeitszeit ausbeutet — die Betriebsüberschüsse, namentlich der Eisenbahnen, bilden ja einen wichtigen Einnahmeposten im Staatsbudget, der nicht verringert werden darf, damit die besitzende Klasse nicht allzu viel Steuern zu zahlen braucht —, der preussische Staat glaubt seine Beamten und Arbeiter auch der staatsbürgerlichen Rechte berauben zu können. Haben doch auch in der letzten Session wieder die Minister mehrfach erklärt, daß die Beamten nicht das freie Wahlrecht besitzen, sich nicht zur sozialdemokratischen Partei bekennen dürfen. Na, nicht nur die politischen Rechte waagt man den Beamten und Arbeitern des Staates einfach abzuspriechen, sondern man will nicht einmal dulden, daß sie sich modernen Gewerkschaftsorganisationen anschließen können! Und keine einzige der bürgerlichen Parteien hat diesen unerhörten, verfassungswidrigen Terror der Regierung gebrandmarkt.

Aber es sind nicht nur die Interessen der Staatsarbeiter, die im preussischen Dreiklassenparlament von den Vertretern des Geldfisks mit Füßen getreten werden, sondern die Interessen der Arbeiterklasse überhaupt. Das beweisen drastisch die Verhandlungen über das neue Vergesetz. Das furchtbare Grubenunglück in Raddob, wobei mehrere hundert Grubenproletarier ein feuriges Grab in den Tiefen der Erde fanden, hat die Regierung endlich gezwungen, wenigstens etwas zur Bewältigung der erbitterten Bergarbeiter zu tun. Um, wie sich der preussische Handelsminister ausdrückte, „die Seelen der Bergarbeiter zurückzugewinnen“, soll das neue Vergesetz die Einrichtung von Sicherheitsmännern schaffen, die von den Arbeitern gewählt werden. Der letzte Bergarbeiterkongreß, der in Berlin tagte und an dem

auch die Vertreter der kirchlichen und politischen Organisationen teilnehmen, hatte ebenfalls Arbeiterkontrolleure gefordert, aber solche, die unabhängig und vom Staate zu bestehen wären, während nach dem neuen Verordnungsgebot sie als Arbeiter im Betrieb bleiben sollten. So schwebt über den Häuptern der Sicherheitsmänner jederzeit das Damoklesschwert der Mahregelung, so daß der von den Arbeitern gewollte Zweck, die Gruben einer wirklichen Kontrolle unterworfen zu sehen, nicht erreicht wird. Die Regierung hat sich den Wünschen der geldgierigen Grundbesitzer wieder einmal gefügt. Aber auch das Zentrum hat wieder einmal die Interessen der Arbeiter vertreten, indem es die Forderung der Verfolgung der Sicherheitsmänner durch den Staat, also die Schaffung unabhängiger Vertrauensleute der Arbeiter, gleichfalls ablehnte.

Und ebensowenig, wie man die Forderungen der Bergarbeiter willkürlich hat man der seit langen Jahren und mit so großem Nachdruck erhobenen Forderung der Bauarbeiter, von den Arbeitern selbstgewählte, aus dem Arbeiterstand hervorgegangene Kontrollkomitee anzustellen und aus Staatsmitteln zu besolden, Rechnung getragen. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter haben für die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht so viel Gewicht, ein paar mal hunderttausend Mark für ihren Schutz aufzuwenden! Die schätzbare Sparpolitik und die Rücksichtnahme auf die Ausbeutungsinteressen des Internernehmens haben jeder wirklichen Sozialpolitik in dem Dreiklassenparlament unüberwindliche Schranken!

Welch unbefriedigenden Respekt die preussische Regierung vor den Ausbeuterinteressen der Kapitalistenklasse hegt, dafür noch ein anderer Beweis. Bei der Beratung des Justizgesetzes hatte der sozialdemokratische Redner zweimal die ja auch von den Gewerbeinspektoren selbst lebhaft beklagte Praxis der Gerichte kritisiert, gegen Unternehmer wegen Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen selbst dann lächerlich geringfügige Strafen zu verhängen, wenn diese Unternehmer wegen solcher Uebertretung bereits mehrfach vorbestraft sind. Der sozialdemokratische Redner forderte den Justizminister auf, doch auf die Staatsanwälte dahin einzuwirken, daß sie höhere Strafen beantragen. Der Justizminister antwortete auf die erstmalige Aufforderung des sozialdemokratischen Redners überhaupt nicht. Als unser Genosse den Justizminister bei der dritten Sitzung des Etats wegen dieses Beweis der Mißachtung gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse energisch zur Rede stellte, bequeme sich der Minister endlich zu einer Antwort. Sie war freilich auch danach! Der Minister erklärte nämlich, daß er allerdings die Möglichkeit habe, in dem gewünschten Sinne auf die Staatsanwälte einzuwirken — aber darüber, ob er auch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werde, schweigt er sich vollständig aus! So sorgen preussische Minister für die Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes.

Auch die Steuerpolitik des Dreiklassenparlaments bezeugt die Rücksichtslosigkeit, mit der die Vertreter des Geldjades dort ihre Interessen wahrnehmen und die der nichtbesitzenden Klasse schädigen. Um das Defizit zu decken, war eine Steuererhöhung notwendig. Die Regierung schlug vor, die neuen Steuern durch Zuschläge auf die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer der

höheren Einkommen aufzubringen. Sämtliche bürgerlichen Parteien jedoch einigten sich dahin, die Zuschläge der Einkommensteuer auch auf die proletarischen Einkommen auszuwenden. Die Herren Reichstagen rechtfertigen diese arbeiterschädliche Maßnahme damit, daß der Zuschlag ja nur geringe sei. Als ob die Arbeiter nicht bereits durch indirekte Steuern und den Lebensmittelpreiswucher infolge der Kriegsa- und Getreidepreise derartig belastet wären, daß man ihnen jede neue direkte Steuererhöhung hätte ersparen sollen! Zumal dem unter der Krone stehenden Proletariate ja 100 Millionen neuer indirekter Reichsteuern drohen, während eine Hunderttausend allein in Preußen ihr Vermögen jährlich um 830 Millionen zu vermehren vermag.

So schaltet die hegemonische Klasse im preussischen Reichsparlament. Und so wird sie weiter schalten, wenn nicht die Arbeiterklasse endlich Beside in das elendeste aller Wahlsysteme legt und für die Entsendung wirklicher Volkvertreter in das Abgeordnetenhaus sorgt. Der Wahlrechtsreform des preussischen Proletariates hat ja auch bereits der Regierung Zugeständnisse abgerungen. Die Thronrede verhielt im Oktober vorigen Jahres feierlich eine Reform des Wahlrechts. Die bürgerlichen Parteien freilich tun nicht das geringste, um die Regierung zur raschen und entscheidenden Einführung ihres Versprechens zu zwingen. Der Reichstag hat sich bei der letzten Wahlrechtsdebatte mit ein paar wohlfeilen Nebenreden begnügt und der Regierung obendrein verhielt, daß er auf die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen ja gar nicht zu hoffen wage, sondern mit der bestehenden Wahlschlagzahl zufrieden sei! Das Zentrum hat sogar nicht einen Antrag auf Neuumstellung der Wahlkreise gestimmt, obgleich die Standorte Ungleichheit der Wahlkreise die Arbeiterkraft doppelt entrechtet und die agrarische Reaktion doppelt begünstigt!

Den wütenden Haß aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterschaft und ihre Vertreter beweist aber am schlagendsten der unerhört brutale Gewaltstreik gegen die sozialdemokratische Fraktion: die Ungültigkeitserklärung von 4 der insgesamt 6 sozialdemokratischen Mandate Berlins. Unter dem jämmerlichen Vorwand, die Wahlen der 4 sozialdemokratischen Abgeordneten seien auf Grund einer falschen Vistenauflistung zustande gekommen, hat man die 4 Sozialdemokraten aus dem Parlament hinausgeworfen, obwohl doch auch die 6 freiwählbaren Berliner Mandate auf Grund genau derselben Vistenauflistung zustande gekommen waren! Auch den angebrachten sozialdemokratischen Terror benutzte man als Vorwand für die Ungültigkeitserklärung — als ob nicht die öffentliche Abstimmung von vornherein die Absicht des Terrors beweise, als ob nicht gerade die Regierung ihren Beamten und Staatsarbeitern gegenüber die schmachvollste Eskamotierung ihrer Bürgerrechte verübte.

Nun, das Berliner Proletariat wird den Dreiklassenmännern die gehörende Antwort geben! Aber das genügt nicht: die gesamte Arbeiterschaft muß fort und fort mit unermüdet Energie den Kampf gegen die preussische Dreiklassenmacht führen, muß den Wahlrechtsreform derartig streuern, daß das elendeste aller Wahlsysteme zeitlos hinweggefegt wird! Sechzig Jahre lang hat sich diese Karikatur eines Wahlrechts, die dem Volke durch die Wajonette

aufgezwungen wurde, halten können. Die Schuld dafür trug die Zümmerei des immer kläglicher entartenden liberalen Parteien. Und die Schuld der Arbeiterklasse wäre es, wenn das Dreiklassenwahlrecht noch länger seine kulturwidrige Erziehung stiften könnte! Der Protestantismus des Volkes, der millionenfürmige Aufbruch, wieder mit der Dreiklassenmacht! Der mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht! mit zum Orkan anschwellen, dem nichts widerstehen kann!

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

Von allen Einrichtungen, welche sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen geschaffen hat, können unzweifelhaft die Gewerkschaftskartelle als eine der wichtigsten bezeichnet werden. Sie bilden in dem organischen Aufbau der Gewerkschaften ein ebenso notwendiges wie mächtiges Glied. In die Tätigkeit der Kartelle sind ökonomische Aufgaben und die Forderung der äußeren Ausdehnung und inneren Festigung der Gewerkschaftsbewegung beizubringen.

Es ist deshalb erfreulich, wenn eine weitere, erhebliche Vermehrung der Kartelle seit dem letzten Berichtsjahre eingetreten ist. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 687, am Ende des Jahres 1908 dagegen 623 Kartelle, das ist eine Vermehrung um 36. Die Zahl der neugegründeten Gewerkschaftskartelle ist allerdings noch eine höhere. Diese kommt jedoch bei dem Endergebnis nicht zur vollen Geltung, weil von dem Kartellbestande des Jahres 1907 leider 36 gestrichen werden mußten.

Von 606 an der Statistik beteiligten Kartellen sind angeschlossen 8337 Gewerkschaften mit 1560 800 Mitgliedern. Davon sind Zweigvereine von den Generalkommissionen angeschlossenen Zentralverbänden 8400, die zusammen 1555 101 Mitglieder zählen. Im Jahre 1907 wurden 7720 Zweigvereine mit zusammen 1 390 000 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Es ist demnach gegenüber dem Jahre 1907 eine Erhöhung der Zahl der angeschlossenen Zweigvereine um 680 eingetreten, dagegen hat sich die Mitgliederzahl der angeschlossenen Zweigvereine um 31 962 vermindert. In demselben Zeitraum hat sich eine geringfügige Verminderung der Zahl der beteiligten Kartelle, darunter eine Anzahl von den erhöhten Beteiligungsziffern an der Statistik stattgefundenen Verminderung der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder der Zentralverbände kann nur auf einen bei diesen eingetretenen Mitgliederverlust zurückgeführt werden. Die anhaltende wirtschaftliche Krise, die mit voller Schärfe auf der Arbeiterschaft lastet, dürfte zu einem hohen Maß unvermeidlich zur Verwahrlosung verdammt und damit zur verheerlichen Vorkauf einer Quelle vermehrter Not und Entbehrung wird, kann schließlich nicht ohne schädlichen Einfluß auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften bleiben.

Die Entwicklung der Kartelle seit dem Jahre 1901, nach ihrer Zahl und den ihnen angeschlossenen Organisationen und Mitgliedern, wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Stoff, der das ganze empfangene Licht wieder zurückstrahlt, erscheint deshalb weiß, einer, der alles Licht vollständig in sich aufsaugt, erscheint schwarz.

Es ist allgemein bekannt, daß die Töne einer Säbierette auf Schwingungen derselben beruhen, so daß man bei einer angeschlagenen langen Pfeife diese Schwingungen selbst sehen kann. Jeder verschiedene Ton beruht auf Schwingungen verschiedener Länge oder Wellenlänge. Ganz dasselbe ist es bei den sieben Farbenstrahlen des prismatischen Spektrums, d. h. des in seine sieben Komponenten zerlegten weißen Lichtstrahls.

Es ist eine Tat der neueren Physik, die Schwingungen genau und zuverlässig gemessen zu haben, welche die verschiedenen Farbenstrahlen ihrer Farbe gemäß machen. Die roten Strahlen machen die wenigsten Schwingungen, nämlich 456 Billionen in einer Sekunde. Die Tonerschwingungen sind um weniger zahlreich, indem der tiefste hörbare Ton 7 und der höchste noch hörbare, obgleich sehr feine Ton 24 000 Schwingungen in der Sekunde macht. Außer Gesichtssinn ist also in einem unendlich viel weiteren Ausmaß empfindlich als unser Gehör.

Neben dem Vorhin am roten Siegelglas angeführten Beweis, daß die Farben nicht flüchtig in den Körpern beruhen, sondern durch das Licht bedingt sind, sei hier noch des überraschenden Verhaltens der sogenannten Ergänzungsfarben oder Komplementärfarben gedacht. Für Rot ist die Ergänzungsfarbe Grün, für Blau ist es Orange,

Was ist Farbe?

Von M. S. Waeg.

(Nachdruck verboten.)

Für diejenigen, welche es liebten, sich für sogenannte Naturwunder zu begeistern, ist es vielleicht eine willkommene Bereicherung ihres Wundersamges, wenn ich ihnen die Seltsamkeit vorhalte: die Summe aller Farben oder vielmehr der sogenannten Regenbogenfarben — ist die Farblosigkeit. Jählt der Lichtstrahl nämlich durch ein Prisma, d. h. durch ein esig gefächertes Glas, so zerfällt er sich in jene sieben Regenbogenfarben, die man dann aber wieder zu farblosem, sogenannten weißen Lichte vereinigen kann, indem man sie durch eine sogenannte Sammellinse hindurchgehen läßt. hinter der sie sich wieder zum farblosen Lichtstrahl vereinigen. Man nennt diese Zerlegung des Lichtstrahles beim Durchgange durch das Prisma die Farbenzerstreuung, die sie infolgedessen auch wirklich ist, als die sieben einzelnen Farbenstrahlen nicht gleichlaufend nebeneinander liegen, sondern fächerartig auseinanderlaufen, indem sie beim Durchgange durch das Prisma in verschiedenen Winkeln gebrochen werden.

Weil man das Licht fassen kann, hat man lange Zeit das Licht für einen Stoff gehalten, an einem Hohlglas gefaßt, der von der Sonne nach allen Seiten ausfließt und dabei rund 8 Minuten

brauche, um bis zur Erde zu gelangen. Man bezeichnet diese Lehre als die Emanations- oder Emissionstheorie, d. h. Ausstrahlungstheorie. Jetzt ist sie allgemein aufgegeben, und man hat an ihre Stelle die Undulations- oder Vibrationsstheorie gesetzt, die man zu deutsch auch als Schwingungstheorie bezeichnen kann. Nach dieser bringt das Licht der Sonne den Aether des Welttraums und die Luft der Erdatmosphäre in schwingende Bewegung und bewirkt dadurch die Lichterscheinung. Demnach ist das Licht eine Bewegungserscheinung. Was nun vom Licht gilt, gilt auch von den Farben, den Bestandteilen des Lichtes, wenn man auch hier dem Worte Bestandteil nicht dieselbe Stoffliche Bewegung unterlegen kann, wie den mechanischen Bestandteilen einer Uhr, den chemischen des Brotes; denn das Licht ist ja eben kein Stoff.

Die natürlichen Farben undurchsichtiger Stoffe, z. B. das Rot des Rindbores, das Grün des Blattes, sind nur die reflektierten, d. h. zurückgeworfenen Farbstrahlen des auf sie fallenden weißen Sonnenlichtes, während die übrigen Farben alle von dem betreffenden Stoffe absorbiert, d. h. verschluckt werden. Es kann daher ein Körper nur dann eine gewisse Farbe zeigen, wenn diese Farbe in dem auf ihn fallenden Lichte mit enthalten ist. Das Rot des Siegelglases verschwindet z. B., wenn wir es bei einer Spiritusflamme betrachten und dem Spiritus etwas Kochsalz vorher beigemischt haben, weil in dem Lichte einer solchen Flamme keine roten Farbstrahlen vorhanden sind. Ein

Jahr	Berichter in von		Zahl der Mitglieder	Zustimmung insgesamt		Mitglieder insgesamt
	stärker	schwächer		mit	ohne	
1901	319	90,00	3965	481 718	328	10 572
1902	365	93,50	4742	614 722	339	12 598
1903	387	93,50	5207	758 723	312	9 241
1904	406	93,50	5559	924 026	348	9 824
1905	466	96,90	6495	1 180 940	363	16 879
1906	526	95,10	7390	1 500 206	400	4 245
1907	558	95,06	7777	1 596 409	396	1 397
1908	608	97,27	8488	1 560 896	394	---

Außer den Zweigvereinen der Zentralverbände gehörten im Jahre 1908 den 606 Kartellen noch 37 Organisationen mit zusammen 5793 Mitgliedern an, die der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angeschlossen waren. Darunter sind noch mitgezählt: 8 Vereine der Dienstboten und Hausangestellten mit 4442 Mitgliedern und 4 Zweigvereine des Verbandes der Metzler mit 240 Mitgliedern. Diese Organisationen haben sich nunmehr der Generalkommission angeschlossen. Die Vereine der Dienstboten und Hausangestellten sind seit dem 1. April d. J. zu einem Zentralverband vereinigt.

Die Kartelle, denen bis 15 Organisationen angeschlossen sind, haben sich von 382 auf 419 vermehrt. Eine weitere Vernehmung der Kartelle von 59 auf 71 ist dann noch eingetreten bei der Gruppe, welcher 21-30 Organisationen angehören. Verechnet nach der Zahl der angeschlossenen Mitglieder, ist die erhebliche Vermehrung bei den Kartellen eingetreten, die bis 1000 Mitglieder zählten. Ihre Zahl erhöhte sich von 330 auf 384. Aus der Gegenüberstellung dieser Zahlen geht hervor, daß der größte Anteil an der Vermehrung der Kartelle auf die kleineren entfällt. Bei dem noch vorhandenen Rekrutierungsgebiet der Kartelle kann es sich in der Hauptsache auch nur um kleinere Orte handeln, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit erst erschlossen werden müssen. Die übrigen seit dem Jahre 1907 eingetretenen Veränderungen in der Zahl der Kartelle sind durch Größenverhältnissen sind nicht von Belang.

Von den Kartellen, die 1907 über 2500 Mitglieder hatten, sind zwei durch Mitgliederverluste aus dieser Klasse ausgeschieden. Es sind dieses die Kartelle Bremen mit einem Verlust von 2219 und Breslau mit einem Verlust von 3290 Mitgliedern. Von den Kartellen, denen gegenwärtig noch über 2000 Mitglieder angeschlossen sind, haben noch Mitgliederverluste gegenüber dem Jahre 1907: Verfa 11 263, Neunkfurt a. M. 4336, Hamburg 2559, Leipzig 748 und Stuttgart 692. Bei allen 7 Orten zusammen ein Verlust von 25 107 Mitgliedern.

Als Gradmesser für die agitatorische Betätigung der Kartelle mögen folgende Zahlen dienen.

Es wurden im Berichtsjahre abgehalten insgesamt 2688 allgemeine und 1474 berufliche Versammlungen. Das sind 290 Veranstaltungen mehr als im Vorjahre. Man kann mit der Durchschnitzziffer der tagungsbundenen Versammlungen zufrieden sein. Namentlich wenn berücksichtigt wird, daß die mit kleinerer Schwere auf der Arbeiterschaft lastende Krise auch die Ausübung der Agitation ungünstig beeinflusst.

Der starken Arbeitslosigkeit haben die Kartelle im Jahre 1908 ganz besonders ihre Aufmerksamkeit zugewandt. An 133 Orten wurden Arbeitslosen-

zählungen vorgenommen. Den Kartellen muß für die Vornahme dieser Zählungen volle Anerkennung gezollt werden. Trotz der diese dazu bei, die verheerenden Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise nachzuweisen und Tausenden über die futuristischen Tendenzen unserer „vielgepriesenen Gesellschaftsordnung“ die Augen zu öffnen. Gleichzeitigkeit werden aber auch durch die Nachwirkungen dieser erschreckenden Arbeitslosigkeit Staat und Kommune dazu gedrängt, sich mit dem Problem der Arbeitslosenfrage zu beschäftigen.

Eine durchaus notwendige Tätigkeit haben die Kartelle auf dem Gebiet des Arbeiteridusbes zu entfalten. Selbst die geringen gesetzlichen Bestimmungen, die der Massenarbeit gegen die äußerste Ausbeutung der Arbeiter geschaffen hat, werden häufig nicht, wenn nicht die Gewerkschaften mit eigener Energie über die Durchführung der Arbeiteridusbestimmungen wachen würden. Diesem Zweck dienen im Jahre 1908: 126 Beschwerdefunktionen für Gewerkschaftsinspektoren und 23 Bauarbeiteriduskommisionen, die von den Kartellen unterhalten werden. Es bestanden ferner 63 Kommissionen für die Festlegung des Lohn- und Lohndienstes beim Arbeiter. Denn die Tätigkeit der Gewerkschaften darf sich nicht allein auf die Kontrolle der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen beschränken, sondern immer wieder müssen Anläufe gemacht werden, um die gegenwärtigen Körpergesetze zur Ausdehnung der Arbeiteridusbestimmungen zu veranlassen.

Die Bildungsbestrebungen finden durch die Kartelle eine fortlaufende unabhängige Förderung. Die Zahl der Kartelle, die gemeinsame Bibliotheken besitzen, ist seit dem Jahre 1907 von 374 auf 430 ge-
stiegen. Vorkommnisse wurden 1907 von 56 und 1908 von 70 Kartellen unterhalten. Ein guter Teil der von den Kartellen veranstalteten gemeinsamen Versammlungen dient durch Vorträge guter Vorträge ebenfalls den Bildungsbestrebungen. Derartige gemeinsame Veranstaltungen sollten besonders solche Kartelle treffen, denen nur kleinere Gewerkschaften angeschlossen sind. Sie würden sich damit einerseits die Aufgabe zuwenden. Wie ernst es den Kartellen mit den Bildungsbestrebungen ist, geht auch daraus hervor, daß im Jahre 1908 in 235 Kartellen Bildungsvereine bestanden. Mit dem Einsetzen der Bewegung zur Ausbildung der Arbeiterjugend ist auch den Kartellen ein weiteres Feld fruchtbarer Betätigung eröffnet. Von 234 Kartellen wurden im Jahre 1908 Jugendkommissionen unterhalten. Die damit verbundene schnelle Erschaffung dieser neuen Aufgabe beweist, daß die Kartelle sich bemüht sind, wie notwendig es ist, die heranwachsende Generation durch Vorbereitung geeigneter Bildungsmittel fähig zu machen mit den Problemen des wirtschaftlichen und politischen Lebens vertraut zu machen.

Die Orte, an denen Gewerkschaftshauser bestehen, haben seit dem Jahre 1907 eine Vermehrung von 33 auf 51 erfahren. Nach den Massenberichten scheinen an verschiedenen Orten solche Unternehmungen noch in Vorbereitung zu sein. Wie schon in früheren Berichten hervorgehoben wurde, stehen die Gewerkschaftshauser in der Regel nicht unter der direkten Regie der Kartelle, sondern es werden zu deren Errichtung und Verwaltung besondere genossenschaftliche Unternehmungen geschaffen. Diese Form ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Errichtung und Erhaltung der Gewerkschaftshauser ihre hauptwichtigste Stütze in den Gewerkschaften an Orten findet. Bei den bestehenden Gewerkschaftshausern handelt es sich auch nicht immer um eigene

Arbeits- oder erwerbene Häuser, sondern häufig werden mit den Zubehoren passender Lokalitäten langjährige Verträge abgeschlossen, die den Gewerkschaften die ausschließliche Benutzungs solcher Lokalitäten sichern und sie zu dem finanziellen Ergebnis inter-
essieren.

An 86 Orten bestehen Arbeitersektariate, die von Kartellen unterhalten werden. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Es trifft dieses zu bei den Sekretariaten, die für größere Bezirke errichtet sind, ferner bei solchen, die sich in größeren Orten befinden, um welche sich in nicht allzu weiter Entfernung kleinere Kartelle gruppieren. Außer den Sekretariaten werden noch von 157 Kartellen Rechtsanwaltsbureaus unterhalten. Ueber die Tätigkeit der Sekretariate und Anwaltsstellen wird später besonders berichtet werden.

Von 17 Kartellen wurden während des Berichtsjahres Sammlungen zur Unterstützung von Streiks und Ausperrungen veranstaltet. 83 Kartelle gewährten solche Unterstützungen aus dem Mitteln der Kartellkassa.

„Ich trete aus!“

In der modernen Gewerkschaftsbewegung hört man auf einige besonders beachtenswerte Spezies von Menschen, die sich immer und ubere als die Wegelagerer des Fortschritts diesem selbst in den Weg stellen. Die einen raubten zu jener vom Gesetze der Trägheit erfüllten Sorte von Indifferenten und Gleichgaltigen, die kein Gleichnis aus ihrem fechtigen Gleichgewicht zu bringen vermögen und die mit eiserner Beharrlichkeit allem Fortschritt Trotz bieten, indem sie sich mit der Ueberlegenheit des Alles-Verweigernden zu der bequemsten Weisheit „es ist immer so gewesen“ besinnen und so jedes Geis der Fortentwicklung einfach leugnen. Höchstens dann, wenn ihnen lange und eindringlich genug die Notwendigkeit eines beruflichen Zusammenstusses vor Augen geführt wird, geschieht es zuweilen, daß sie sich erweichen lassen und zugeben, „daß, wenn etwas erreicht wird, ja auch sie mit davon profitieren“ und es auf diese Weise ja gar nicht mutig haben, sich selbst an einer Organisation zu beteiligen.

Ueber diese schmarogenden Schlingengewuche, die sich an dem Baume des menschlichen Fortschritts emporranken und von seinen Saftem leben, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, und wenn auch zugestanden werden muß, daß insolge des moralischen Einflusses der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit hier manches besser geworden sei, so wird diese Sorte von Egoisten, die auf die Ernte warten, die andere geerntet und gepflegt haben, doch niemals aussterben.

Weniger scheint aber noch auf eine andere Gattung von Menschen hingewiesen worden zu sein, die nicht minder gefährlich für den Kampf der Arbeiter um ihre Lebenshaltung ist. Wie oft und bei welchen verschiedenen Gelegenheiten stoßen wir doch immer wieder auf die nicht geringe Zahl von Leuten, die einer Berufsorganisation bereits angehören, die aber sofort, wenn irgend etwas eintritt, was ihnen nicht behagt oder was sie sich nicht auf den ersten Blick erklären können, mit dem Trohworten bei der Hand sind: „Ich trete aus!“ Wie das letzte Mittel der Könige die Konigine ist, so stellen sich jene Rauen in der modernen Arbeiterbewegung dieses „geflügelte Wort“ als das zweckentsprechendste Pressionsmittel vor, um ihren Willen, mitunter auch gegen die Mei-

Welch wird ergänzt durch violett. Der Feuerweissfabrikant bedient sich des Chloroxydiums, um eine rote, des Chloroxydiums, um eine grüne Flamme hervorzubringen. Sieht man zwei mit diesen Stoffen gefärbte Spiritusflammen nebeneinander, so sieht man eine söhne rote und eine söhne grüne Flamme, sieht man aber von der Seite durch beide auf einmal hindurch, so sieht man kein Gemisch beider Farben, sondern eine weiße Flamme. Betrachtet man einen Kreis mit einem Papier, auf welchem abwechselnd rot und violett, aber rote und grün, oder orange und blaue Kreise, deren Spitzen im Mittelpunkt der Kreisoberflache zusammentreffen, gemalt sind, so verschwinden diese Farben, wenn man den Kreis durchsieht, und man sieht nur eine weiße Fläche. Die Erganzungsarten haben also einander auf. Sie ruhen aber einander auch hervor und verdienen erst dadurch ihren Namen. Wenn man einem aufrecht gestellten großen Bogen weißes Papier eine Siegellichtung anlehnt und diese dann eine Zeitlang mit unvernandten Augen ansieht, so verwandelt sich allmählich der graue Schatten, den die Glanze auf das Papier wirft, in die Erganzungsfarbe von Rot: in ein lebhaftes Grün.

Wir sehen also: Nicht die stoffliche Beschaffenheit der gefärbten Masche, sondern die Zahl der Schwingungen des durch sie gezerrten Lichtstrahls bedingt die unendliche Mannigfaltigkeit der Farben. Nicht die Strahl- oder Indigo usw. farbige Farber unserer Kleiderkassette, sondern mit Licht, dem er nur eine passende Statze bereitet.

Diese Statze muß uns noch einen Augenblick beschäftigen. Wir werden uns das Verhandnis der Frage bedeutend erleichtern, wenn wir uns an die farbenschildernden Federn mancher Vögel erinnern, deren Farbenglanz bloß bei einer gewissen Haltung gegen das auffallende Licht erscheint. Das söhne Farbenspiel am Hals der Feldtaube ist nur bei auffallendem Lichte sichtbar, während wir ein einzelnes Federchen unsehbar braungrün finden, wenn wir es wie einen durchsichtigen Körper gegen das durchfallende Licht betrachten. Dasselbe ist mit den prächtig gefärbten Staubschuppen auf den Flügeln des Schilferfalters; unter dem Mikroskop sehen sie bei durchfallendem Licht braun bis schwarz aus. Aus dem Umstande, daß es einer gewissen Wendung dieser farbenglanzenden Körper bedarf, um ihren Farbenglanz hervorzutreten zu lassen, geht hervor, daß auf derjenigen Fläche, welche allein und auch nur in einer gewissen Richtung gegen das Licht die Farbe erscheinen läst, die kleinsten Teilchen derselben hierzu sich in einer gewissen Lagerung befinden müssen. Nur hierauf kann die Farberzeugung beruhen. Eine Veränderung dieser Anordnung der kleinsten Teilchen ändert die Farbe. Diese Anordnung und die Größe dieser kleinsten Teilchen müssen wir uns aber nicht zu grob und hangetreulich vorstellen. Denn wenn wir mit einem Wassertropfen auf einem Porzellaneller von einem Gläschen roter Farbe etwas abreiben, so ist das Abgeriebene immer noch rot, obgleich durch das Reiben doch genug die Teilchen

derselben aus ihrer bisherigen Anordnung gebracht worden sind. Wir müssen also hier eine äußerst feine Anordnung unendlich kleiner Teilchen annehmen, die nicht einmal das Mikroskop nachzuweisen vermögen. Diese kleinsten Teilchen können nichts anderes sein als die Atome der Chemiker. Jeder chemische Prozeß beruht nun auf einer Veränderung der Anordnung der Atome, und daher ist damit in vielen Fällen eine Veränderung der Farbe verbunden. Der Zinnober ist ein recht einleuchtendes Beispiel dafür. Bei der Bereitung desselben aus Quecksilber und Schwefel werden beide Stoffe anfänglich bloß innig gemengt, bis das Gemenge schon eine braunrote Farbe zeigt, welches aber nachher unter Anwendung von Wärme leicht vollends zur chemischen roten Verbindung gebracht wird. Derselben Mengenteilschen Quecksilber und Schwefel, welche den schwarzroten Zinnober bilden, bilden auch ein faustschwarzes Pulver, welches sehr leicht in Zinnober übergeführt werden kann. Neues ist in der Hauptsache dasselbe wie dieser und nur in der Anordnung der Atome verschieden, wodurch ein anderes Verhalten zu dem auffallenden Lichte bedingt wird.

Die Farberzeugung ist also bedingt: 1. durch die Zerlegung des Lichtstrahls und 2. durch die Anordnung der Atome des betreffenden farbigen erscheinenden Stoffes.

nung der Majorität, durchzusetzen. Was immer die Organisation unternimmt, immer begehen solche im Grunde ihrer Seele oftmals recht braven Menschen, daß sie eine Handlung zugleich allen recht ist und daß eine organisatorische Beweise eben nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet.

So sehr man jede freie Meinungsäußerung auch innerhalb einer Organisation, als der Erkenntnis-erweiterung förderlich, anerkennen muß, so darf doch nie vergessen werden, daß jede soziale Institution in dem Momente aufhören mußte, als jeder einzelne seine Mitwirkung an einem gemeinsamen Werke nur deshalb verweigert, weil er seine Person und seine Meinung über alles stellt und jedes Majoritätsprinzip grundsätzlich verachtet.

Zu keiner Zeit aber kann das „Ich trete aus!“, diese Devise der Selbstverleugung, so verhängnisvoll werden, als wo wir ihr am häufigsten begegnen.

Bei Maßregelungen. Hier erhebt sich in der Regel sofort die ganze Schwärze der Schwachmütigen und Verzweifelten, denen es scheint, als wären alle Brücken zerbrochen, und der einzelne, der in solchen Situationen seinen Kollegen das reinigerte, honnummer Unterwerfung zeugende „Ich trete aus!“ zuruft, kann hier zweifellos recht arges Unheil anrichten. Vaneinander Zweifel und verzagende Hoffnungslosigkeit können nur durch eine prinzipielle Schulung in der Organisation beseitigt werden.

In dieser Aufgabe wirkt aber nichts Förders und für nichts ist der nicht oder halbdruckgebildete Arbeiter empfänglicher, als für das jede Zukunft feige preisgebende: „Ich trete aus!“

Gelingt irgendeiner Aktion der Gewerkschaft nicht, so wie man sie erwartet hatte, blieb eine Intervention derselben bei einem Unternehmer erfolglos, so kommt natürlich immer wieder der letzte Triumph, den man der Organisation entgegenzuehrt: „Ich trete aus!“

Es ist genug vermag ein einzelner, der so redet, eine effektive Anzahl zu seiner bestimmten Welt- und Lebensauffassung zu bekehren, und in Zeiten der erlittenen Niederlage im Kampfe wirkt dieser zerstückte Wortspruch wie eine Pest. Eine Pest im moralischen Sinne ist es in der Tat, von der eine plötzliche Masseninfektion ausgeht, wenn ein solches Schlagwort der Verzweiflung und Trägheit geprägt und unter den Arbeitsgenossen in Umlauf gesetzt wird.

Von einem Neuen, hochaltem Jungen, der sich im Winter die Finger erfroren hatte, wird erzählt, daß er furchtlos erklärt habe: „Ich, der ich nicht erfroren habe, warum hat er nur keine Handlumpen gekauft!“

In diese Anecdote erinnern auch die guten Leute mit ihrem Trohwort: „Ich trete aus!“ sehr lebhaft. Weil ein Erfolg ausgeblieben ist und eine Sache nicht durchzuführen war, erklären sie, mit ihrer Tröhsung jemanden Trost bieten zu wollen, während sie, genau genommen, doch nur selbst dieser jemand sind, der durch ihr eigenmächtiges Verhalten getroffen wird.

Statt gerade dann, wenn die Organisation einen Misserfolg oder wenigstens keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hat, daraus die Lehre zu ziehen, daß nun alle Kräfte angespannt werden müssen, um Verfallenes nachzuholen und die Organisation kräftiger und schlagfertiger zu machen, erklären sie wie trotzig Kinder, „nicht mehr mitmachen wollen“ und verweisen auch andere zur Furchtsucht, pflanzten Misgunst und Verzagtheit, wo Aufmunterung und Belehrung der Schwachmütigen am Platze wäre.

Sie überdehnen so, ohne es zu ahnen und zu beabsichtigen, zu Helfershelfern der Unternehmer, die nichts schändlicher wünschen, als daß die Organisationen zurückgehen, daß Willkür und Verzweiflung die Reichen der kämpfenden Lichten helfen. Bei jeder Gelegenheit beraten die Unternehmer, wie sie eine Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeiführen können, und das Mittel hierzu wäre doch gar zu einfach, wenn wirklich ein jeder durch die mangelnde Stärke einer Gewerkschaft herbeigeführte Misserfolge die Arbeiter davon überzeugen könnte, wie notwendig es sei, daß man jetzt — austritt!

Eine dritte und letzte Gattung dieser Schandfrage, die als die „neueste“ gelten kann, hat sich im Zusammenhang mit dem Entstehen der Unterstufungseinrichtungen in den Gewerkschaften gebildet. In den Gewerkschaften aller Berufe und Richtungen zeigt sich diese Erscheinung. Nicht nur, daß man seinen Verband als eine Einrichtung betrachtet, die unter allen Umständen und in jeder Lage allen und jeden Forderungen finanzieller Art gerecht zu werden hat, nein, auch in solchen Fällen, in denen ein Funktionär der Organisation irtümlich Beträge ausgabte, die das Mitglied laut Statut gar nicht zu verlangen hatte, zeigt sich das „Ich trete aus!“ in seiner widerlichsten Art.

Für jeden rechtlich denkenden Menschen sollte es selbstverständlich sein, zu Unrecht bezogene oder irtümlich wieder erhaltene Gelder ohne weiteres zurückzugeben. Doch anders diese unsere „Freunde“. „Ich trete aus!“ droht es uns da entgegen. „Ich trete aus!“ schreit da ein Chor gleichgültiger Seelen, falls man diese billige Forderung an sie richtet. Glücklicherweise kommt diese Erscheinung nur äußerst selten vor. Wenn das nicht wäre, könnte man schließlich an der Existenz unserer großen Aufgabe, an der Erreichung der großen und heiligen Ziele der modernen Arbeiterbewegung zweifeln. Aber da ist diese Erscheinung, und das muß zu denken geben. Hier muß ein Antiseptikum gesendet werden, welches ein weiteres Ausbreiten dieses Aulimprozesses verhindert.

Dieses Mittel heißt Aufrichtung und rüchliche-lose Kritik derartiger Vorkommnisse. So liegt also in den lehrreichen und hehrlichen Worten „Ich trete aus!“ eine ganze Welt der Realität, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht. Ein Sanktioniert, das unsere Zeit vergiftet und in jeder sozialen Gemeinschaft wie zersetzendes Scheidewasser wirkt, muß auch dies antisoziale Sprüchlein bekämpft und ausgeremert werden, wenn ein hartnäckiges Postulat fallen soll, das bei jedem Schritte nach vorwärts unseren Weg erschwert!

nung nur äußerst selten vor. Wenn das nicht wäre, könnte man schließlich an der Existenz unserer großen Aufgabe, an der Erreichung der großen und heiligen Ziele der modernen Arbeiterbewegung zweifeln. Aber da ist diese Erscheinung, und das muß zu denken geben. Hier muß ein Antiseptikum gesendet werden, welches ein weiteres Ausbreiten dieses Aulimprozesses verhindert.

Dieses Mittel heißt Aufrichtung und rüchliche-lose Kritik derartiger Vorkommnisse. So liegt also in den lehrreichen und hehrlichen Worten „Ich trete aus!“ eine ganze Welt der Realität, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht. Ein Sanktioniert, das unsere Zeit vergiftet und in jeder sozialen Gemeinschaft wie zersetzendes Scheidewasser wirkt, muß auch dies antisoziale Sprüchlein bekämpft und ausgeremert werden, wenn ein hartnäckiges Postulat fallen soll, das bei jedem Schritte nach vorwärts unseren Weg erschwert!

Gau Hamburg.

Bericht vom 1. Oktober 1908 bis 31. März 1909.

In Anbetracht dessen, daß die Konferenz des Gau's Anfang Februar d. J. in Hamburg tagte und alles bis dahin Geschehene im gedruckten so-wohl wie im mündlichen Bericht gesagt worden ist, erübrigt sich diesmal wohl ein ausführlicher Bericht über das verfloßene Halbjahr. Wenn der nachfolgende Kasienbericht trotzdem für das ganze Halbjahr erdient, so geschieht es deshalb, um den Zusammenhang mit den früheren Berichten zu erhalten. Seit der Konferenz ist aus den Filialen und Untergauen wenig zu berichten und will ich hier nur hervorheben, daß die Maßregelung unseres Exzellenz Bevollmächtigten Wulder gewirkt hat, indem dadurch die Mehrzahl der dortigen Kollegen zur wahren Einheit gekommen ist, daß nur die Organisation gegen derartige Brutalitäten des Unternehmertums Schutz zu bieten vermag. Von dem Arbeitsnachweis in Holsch sagt sich nur berichten, daß derselbe verläufig so geführt wird, daß er einen Rückschlag nicht bedarf.

Ueber den Verlauf der Konferenz ist in der „Sattlerzeitung“ ausführlich berichtet. Was den Beschluß derselben auf Einführung einer Zentralstelle für die Arbeitsnachweise im Gau anbetreffend, so darf hier derselbe erst nach Durchsicht des neuen Reichs-Verordnungsblattes, jedoch noch an dieser Stelle aber schon gesagt sein, daß die Durchführung solcher Zentralstelle nützlich und für den Verband sowohl wie für die Mitglieder wirken, dann bedarf es einer tatkräftigen Mitarbeit sämtlicher in Betracht kommenden Verwaltungsstellen. Inzwischen hat nun ja die Generalversammlung in Köln gesagt und wird nach den Beschlüssen derselben unter Gau wieder eine andere Abgrenzung erfahren. Wünschen möchte ich an dieser Stelle nur, daß bei dieser Einleitung unsere pommersche Ecke, Greifswald-Stralsund, wieder dem Gau Berlin zugeteilt wird. Wie dem nun aber auch sei, hoffen wir, daß unsere Mitglieder in der neuen Organisation ihre ganze Kraft einbringen, dieselbe zu fördern und zu fördern. Möge jeder sich mit dem Bewußtsein in den Dienst unserer Sache stellen, daß nicht nur Beitragszahlen seine Pflicht ist, sondern daß er be-ruhert ist, an dem inneren Ausbau der Organi-sation mit tätig zu sein, um dieselbe zu einem unentbehrlichen Schutzwall ihrer Mitglieder gegen den Moloch Kapitalismus zu gestalten. Arbeitet jeder Kollege in diesem Sinne, dann werden die Köhler Beschüsse nur zum Besten der Organisation führen. Drum vorwärts zu neuer Arbeit!

Abrechnung.

Einnahmen.	
Kasienbestand vom 30. September 1908	44,36 Mk.
Zur 1. Quartal 1909 aus dem Gaufonds erhalten	200,--
Zur 1. Quartal 1909 aus dem Gaufonds erhalten	900,--
Sonstige Einnahmen	1,15
Summa	645,51 Mk.

Ausgaben.

A. In Untergauen und Filialen:	
Hamburg-Altona	20,--
Hannover	20,--
Bremen	50,--
Holsch	40,--
Bremervorhaben	11,90
B. Ausgaben der Gauleitung:	
Drei Drezelius 22.—25. Oktober nach	56,45
Wiedenburg	108,85
Delegationskosten zur Gaukonferenz	98,--
Druckkosten Kuer & Co.	12,70
Papier und Frachtteile zum Enclosur	3,45
Schreibmaterial, Wäcker usw.	12,16
Porto	10,--
Sitzungen	90,--
Entschädigung des Gauleiters	90,--
Summa	535,41 Mk.

Bilanz.	
Einnahmen	645,51 Mk.
Ausgaben	535,41
Kassenbestand	110,10 Mk.

Abrechnung des Gaufonds in Berlin.	
Einnahme.	
Behand vom 30. Sept. 1908	178,55
Heberweien im 4. Quartal 1908	218,--
Heberweien im 1. Quartal 1909	215,--
Summa	1009,55 Mk.

Ausgabe.	
Der Gaukasse überwiesen laut Abrechnung	500,--
Behand am 31. März 1909	509,55

Vermögensausweis des Gau's Hamburg.	
Bestand des Gaufonds in Berlin	509,55
der Gaukasse	10,10
des Untergau's Hamburg-Altona	4,66
Hannover	31,28
Bremen	7,95
Holsch	18,70
Gesamtvermögen	580,33 Mk.
Tasche am 1. 10. 08	668,54
Mitteln weniger	88,21

Die Gauleitung
J. A. Sebastian Fregellin
Vorstehende Abrechnung ist von uns geprüft und mit den Wählern und Belegten übereinstimmend befunden worden.
Hamburg, den 8. Mai 1909.

Die Revisoren:
A. Soltau

Streiks und Lohnbewegungen.

Dem „Hamburger Echo“ entnehmen wir folgenden Situationsbericht über die Bewegung der Hofferwäcker bei der Firma Hoff: Die Sattler der Hofferwäckerfabrik H. Hoff in Hamburg, Grimmstr. 23, mußten schon des öfteren Stellung zu den dort bestehenden Lohnverhältnissen nehmen. Im Juni 1907 erklärte Herr Hoff schriftlich, daß er einen Stundenlohn von 50 Pf. zahle. Bei dieser Erklärung wurde jedoch nicht in Aussicht genommen, daß er im Laufe des Jahres unter 50 Pf. nach unten hin abzurufen einen Entschluß, der 15 Pf. Stundenlohn bedeuten sollte teilweise Afford eingeführt werden. Die Beschäftigten lehnten die Einführung der Afford ab, und Herr Hoff wurde an den vor zwei Jahren bewilligten Lohn erinnert. Gleichzeitig bestanden die Beschäftigten für notwendig, einen Tarif einzuzureichen, in welchem für eingearbeitete Hofferwäcker und Tischler ein Stundenlohn von 50 Pf. vorgeschrieben war. Herr Hoff hielt es nicht für nötig, auf die beschriebenen Punkte seiner Leute zu antworten, und dem Vertreter der Organisation, welcher persönlich vortrat, wurde bedeutet, daß er sich um solche Sachen nicht zu kümmern brauche. Die Beschäftigten hielten es für das Beste, förmlich ihre Mündigkeit einzureichen (auch der Beruf). Während der Mündigkeitsfrist wurde nochmals versucht, eine Einigung zu erzielen, aber sie wurde abgelehnt. Nun, Herr Hoff scheint sich gelächelt zu haben. Im „Generalanzeiger“ sowie auf andere Art und Weise werden Hofferwäcker gesucht, aber wir versichern, ein solches Angebot auf diesen Betrieb zu haben, und Herr Hoff wird mit der Zeit einsehen lernen, daß man auch mit Arbeiterorganisationen zu rechnen hat. Unsere Kollegen fordern wir auf, bei jeder Arbeitsannahme vorher im Arbeitsnachweis Erkundigungen einzuziehen. Vorläufig trete keiner bei obiger Firma in Arbeit.

Der Vorstand des Verbandes der Sattler-Filiale Hamburg.

Aus unserem Beruf.

Auf dem Ledermarkt sind seit einigen Wochen die Sattler wieder in voller Tätigkeit. So wie nur der geringste Schein einer bevorstehenden Belebung des Gewerbes sich bemerkbar macht, dann sind sie zur Stelle und fordern ihren Tribut. So wird aus London gemeldet, daß in der verfloßenen Woche die Umsätze in fast allen Lederorten in größerem Maßstabe zugenommen haben — natürlich bei bedeutend gestiegenen Preisen. Es wird berichtet, daß die Umsätze noch bedeutend höher gewesen wären, wenn sich die Verkäufer nur eine Benignität entgegenkommender gezeigt hätten.

Aus Walsall und Birmingham, den beiden englischen Hauptfabrikationsorten für Sattel und Geschirre, wird hingegen schmerzender und ständig nicht und mehr nachlassender Beschäftigung gemeldet. Die Arbeiten für das Kriegsmünster sind im wesentlichen beendet. Nur in der Munitionsfabrikation herrscht eine rege Tätigkeit, wie es trotz-allerdings zu sehr gebückten Preisen.

Aus Amerika werden gleichfalls teilweise bedrückende Umsätze in Leder zu geringeren Preisen berichtet.

Zu der Portefeuliearenfabrikation will sich infolge unserer famosen Zollpolitik das Geschäft noch immer nicht besser gestalten. Die Exportverhältnisse haben sich derart schwierig gestaltet, daß nur ein allgemeiner Wirtschaftsaufschwung, den man schon kommen sehen, hier durchgreifende Besserung herbeiführen wird.

Indische Schlangenhäute für die Portefeuliearenfabrikation. A. Chatterton, Direktor industrieller Unternehmungen in Madras, schreibt dem „Indian Trade Journal“, der offiziellen Tageszeitung in Kalkutta, folgendes: „In den letzten drei oder vier Jahren befaßte sich ein nicht unbedeutender Teil der Chromgerber in Madras mit der Gerbung und Zurichtung von Häuten von wilden Tieren aller Art, darunter auch Schlangenhäuten. Die Chromgerbung ist sehr gut geeignet für die Konserverierung von Häuten und Zellen, die mit den Säuren getragen werden, sie läßt sich mit dem gleichen Vorteil aber auch zur Gerbung von Schlangenhäuten verwenden. In den letzten drei Jahren haben wir eine große Anzahl von diesen Häuten, die bekanntlich für Damengürtel stark verlangt werden, geegert. Die hauptsächlich zur Verwendung kommenden Häute sind die der Furchenschlange, der Cobra und der unter dem Namen Nussel-Wiper bekannten Schlangengattung. Die Qualität der Schlangenhäute variiert bedeutend und dieselbe hängt hauptsächlich von dem Zeitraum ab, der seit dem letzten Häuten der Schlangen vorüberging. Daß es ein Vorteil ist, die Haut von der lebenden Schlange zu gewinnen, ist nicht anzunehmen. Bei den Cobra-Schlangen wird in Madras gewöhnlich die folgende Methode angewendet. Der Schlangenhändler hält die lebende Schlange in der Hand, öffnet den Magen und steckt eine Röhre Schnupftabak hinein. Der Effekt ist ein außerordentlicher. Der Tod tritt beinahe augenblicklich ein, und die wertvolle Haut bleibt unbeschädigt. Wir fanden, daß das Geschäft in Schlangenhäuten sehr nachbringend ist, allein der Markt ist ein recht beschränkter, und die Industrie dürfte kaum die Fähigkeit besitzen, sich zu einem größeren Umfang auszubehnen. In neuester Zeit haben wir uns auch für die Gerbung von Fischhäuten, und zwar verschiedener Arten derselben, eingerichtet, um uns zu überzeugen, ob nicht einige derselben ebenfalls einen kommerziellen Wert haben.“

Java-Eidesch- und Wasserichschlangenfelle für Portefeuliezwecke. Die Java-Eideschfelle finden, wie wir der „Deutschen Sattler-Zeitung“ entnehmen, vor allem in Deutschland für Portefeulie- und Whantafelieder und auch in Frankreich für dieselben Zwecke Absatz. Der Wert ist abhängig von der Größe und von der Qualität. Die Maße werden nach der Brustweite festgelegt, für Amerika auch oft nach der Bauchweite. Ein Krimsfell ist von frischer Schlächtung, ohne Löcherchen und ohne Fautstellen. Java-Wasserichschlangenfelle werden für dieselben Zwecke benutzt wie die Eideschfelle, ihre Größe wird nach Breite und Länge bestimmt. Beide Fellsorten verkaufen sich in Amsterdam meistens auf Durchschnittsbestimmung per 100 Stück; in Indien werden sie jezt auch auf Qualität, Länge und Breite ausgeführt, das sogenannte „Amerikanische Sortiment“. Es verhält sich, daß die Methode bei einigen Abnehmern mehr Anklang findet, als die Gewichtsmethode, da man dadurch im Voraus weiß, wie groß die Coupon-Oberfläche ist, und berechnen kann, wie das Quadratmaß ausfällt.

Der Hauptmarkt für Alligatorenfelle in Deutschland ist Hamburg, das dieselben hauptsächlich aus Columbia bezieht. Zum Export kommen nur die Rände oder die Seiten, wenn dieselben frei von Schäden (Löcher usw.) sind. Die Häuten werden in Amerika selbst geegert und zu diesem Zwecke hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten verschifft. Die Preise variieren je nach der Größe der Felle. Es kosten solche von 11 Fuß 125—131 Dollar, 10 Fuß 114—120 Dollar, 9 Fuß 98 Cents bis 104 Dollar, 8 Fuß 86—92 Cents, 7 Fuß 76—81 Cents, 6 Fuß 70—78 Cents, 5 Fuß 60—65 Cents, 4 Fuß 50—56 Cents. Das geringste Maß, das verlangt wird, sind 4 Fuß, während das höchste Maß 18 Fuß beträgt. Außer nach der Größe richtet sich der Preis auch nach der Qualität, und spiegelt danach, wie die Häute abgemacht sind. Neben Columbia liefert Florida und Louisiana die meisten Krokodilfelle. Dieselben stammen von dem sogenannten Kaiman, der in Südamerika heimisch ist. Der Versand geschieht in Ballen, wozu die Felle abgelüftet und dann nochmals gut eingefolgt werden.

Die Karroserie aus Leder. Die französische Fachzeitung „Pratique Automobile“ brachte in einer ihrer letzten Nummern folgende, den Wagenbau und die Automobilfabrikation interessierende Mitteilung: „Aufsehen erregte kürzlich eine Automobilkarroserie, eine sogenannte Limousine, deren äußere Verkleidung

vollständig aus Leder bestand. Durch die ausschließliche Verwendung von Leder sollten zwei Vorteile erreicht werden: erstens der Wegfall des marrenden Geräusches der Holzkarroserien, das sich oftmals sehr unangenehm fühlbar macht, und zweitens eine ganz bedeutende Verminderung des Gewichtes des Wagens. Der ganze untere Teil der Karroserie, als dessen Besitzer Chevalier Henri de Kniff genannt wird, ist bis zur Höhe der Lehnen aus Holz, wie bei einer gewöhnlichen Karroserie. Von den Lehnen anfangen, bestehen dagegen Wände und Dach ausschließlich aus Leder, das durch Holzleisten festgehalten wird. Dies ist nicht nur leicht, sondern ebenso elegant. Das Gewicht des ganzen Wagenkastens beträgt, obwohl es sich hier um eine große Limousine handelt, nur etwas mehr als 200 Kilogramm. Eine gewöhnliche Limousine wiegt mindestens das Doppelte. Der Vorteil der Geräuschlosigkeit wird durch die Verwendung von Leder an Stelle von Holz vollständig erzielt. Man braucht bloß ein Leinwandzelt hinsichtlich des Widerstands und der Geräusche im Inneren mit dem Gewölbe einer Kathedrale zu vergleichen, um sich von den Vorteilen lederner Wände gegenüber hölzernen zu überzeugen, und sich von den Vorteilen lederner Wände gegenüber hölzernen eine Vorstellung machen zu können. Der Verkaufspreis dürfte ein nicht wesentlich größerer als der einer gewöhnlichen Karroserie sein, dagegen muß durch die Gewichtsbeminderung um 200 Kilo eine bedeutende Ersparnis an Kosten für Pneumatik jährlich erreicht werden. Der Automobilist wird also in seinem eigenen Interesse gut daran tun, bei Bestellung der Karroserie dem Wagenbauer aufzutragen, den oberen Teil des Wagenkastens statt aus Holz in Leder auszuführen.“

Hus anderen Organisationen.

Der Verband der Portefeulieer schließt das 1. Quartal 1908 mit einem Mitgliederbestand von 3464 ab. Das bedeutet gegen das vorige Quartal einen Verlust von 78 Mitgliedern. Der Verband zählte im letzten Quartal an Arbeitlosenunterstützung 5323,43 M. Das ist sechsmal soviel als im vorhergehenden Quartal. Dieses dürfte allein schon genügen, den Mitgliederertrag zu erklären. Die Krankenunterstützung stieg gleichfalls um mehr als das Doppelte, und zwar auf 4412,94 M. Das sind für unsere Freunde und Mitrieten ganz ungewohnte Zahlen. Der Vermögensbestand stieg infolgedessen auch nur um 1456,35 M. Mit den Beständen der Lokalkassen beträgt das Gesamtvermögen 177.424,33 M.

Die Abrechnung des Volzarbeiterverbandes für das Jahr 1908 ergibt eine Jahresertragsnahme von 3.371.260,97 M., der eine Jahresausgabe von 3.274.010,98 M. gegenübersteht. Ueber die Ausgaben für verschiedene Unterstützungszwecke unterrichten folgende Zahlen:

	Aus der Hauptkasse M.	Aus der Lokalkasse M.	Insgesamt M.
Für Reiseunterstützung	143394	25886	169280
Arbeitslosenunterstützung	933605	475405	1409010
Streikunterstützung (einschl. Streiks and. Gewerkschaften)	273428	101527	444955
Krankenunterstützung	599312	205069	804381
Gemeingefahrenunterst.	58063	22696	75659
Sterbegeld	47182	—	47182
Umzugsunterstützung	30893	—	30893
Kostallunterstützung	8784	70301	85085
Zusammen	2095601	1027694	3123295

Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss 3.147.607,93 M. einschließlich der Bestände der Gau- und Lokalkassen.

Der Schmiedeverband zählte am Jahresabschluss nach 40 Wochenbeiträgen im Jahr gerechnet 17.392 Mitglieder. Die Ausgaben für Unterstützungen betrugen im Vergleich zu den Vorjahren:

	1906 M.	1907 M.	1908 M.
Reiseunterstützung	7.827,50	8.050,—	12.073,46
Arbeitslosenunterstützung	15.240,50	22.058,—	71.548,96
Kranken- u. Sterbeunterstützung	—	53.971,70	110.359,88
Umzugsunterstützung	2.943,96	4.680,50	4.716,88
Zusammen	25.511,96	89.667,20	199.698,64

Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss 1908 einschließlich der Bestände der Lokalkassen 250.334,78 M. oder 15,35 M. pro Kopf der Mitglieder.

Der Handschuhmacherverband, der sich am 1. Juli d. J. mit dem der Lederarbeiter vereinigt, zählte am 31. März d. J. 2819 Mitglieder.

Der Bäckerverband nahm im ersten Quartal 2167 neue Mitglieder auf, und an Wochenbeiträgen wurden 171.561 geleistet, das sind 5425 Beiträge mehr als im vorigen Jahre durchschnittlich pro Quartal geleistet wurden.

Der Verband christlicher Lederarbeiter ist infolge der wirtschaftlichen Krise zurückgegangen. Die Mitgliederzahl war am Schlusse des Jahres 1908: 3922 gegen 4336 im Vorjahre, was einem Rückgang von zirka 400 entspricht. Neuaufgenommen wurden im Berichtsjahre 1794, während 2205 dem Verbands wieder den Rücken leiteten, ein Umstand, den das Verbandsorgan als „recht bedenklich“ bezeichnet. Die Gesamtbeiträge fielen von 84472 M. im Vorjahre auf 71877 M. im Jahre 1908. An Krankenunterstützung zahlte der Verband 5304 M., an Reise- und Arbeitslosenunterstützung 4150 M., für Streiks und Mayregelungen 7649 M. Die Gesamtansgabe im Jahre 1908 beläuft sich, einschließlich Agitation, Verbandsorgan und Verwaltung auf 57.615 M., das Verbandsvermögen beträgt 34.684 M. Am 26. September und folgende Tage hält diese Organisation ihre fünfte Generalversammlung in Köln a. Rh. ab.

Adt.-Uhr-Laden-schluss und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands hatte bei den örtlichen Ämtern der Arbeitgebervereine eine Umfrage veranstaltet, betreffend den Adt.-Uhr-Laden-schluss an Werktagen und die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. 533 dieser Gewerkschaftsvereine aus allen Gegenden Deutschlands haben daraufhin im Namen von 1535 737 Arbeitern folgende Erklärung abgegeben:

„Nach Lage der hiesigen örtlichen Verhältnisse kann an der Durchführbarkeit des reichsgesetzlichen Adt.-Uhr-Laden-schlusses für alle Branchen des Handelsgewerbes vom Standpunkte des Konsumierendes Publikums kein Zweifel sein. Etwas zu bedenken, daß der Adt.-Uhr-Laden-schluss für die Konsumenten unliebsame Weiterungen haben könnte, sind unseres Erachtens durchaus unbegründet und auch überall dort, wo der Adt.-Uhr-Laden-schluss ganz oder teilweise ortsgesetzlich geregelt ist, längst widerlegt.“

Die in der Gewerbeordnung am Sonntagen zugelassene regelmäßige fünfstündige Verkaufszeit ist nach den Erfahrungen am hiesigen Orte durchaus nicht notwendig; das Publikum hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtig zulässigen Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Wenn am Sonn- und Festtagen für den Kleinhandel von Milch, Wadwaren, Fleisch und Eis eine zweifelhafte Verkaufszeit in den frühen Vormittagsstunden zugelassen wird, so ist allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten vollumfänglich Genüge getan; im übrigen kann jegliche Arbeits- und Verkaufszeit im Handelsgewerbe verboten werden.

Im Interesse der Angestellten und Arbeiter in Handelsgeschäften wünscht das Gewerkschaftsrat, daß die bestehenden Körperchaften des Reiches den obligatorischen Adt.-Uhr-Laden-schluss und die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe recht bald einführen.“

Diese Erklärungen sind dieser Tage dem Reichsamt des Innern übermittelt worden.

Ein allgemeiner Kongress der Angestellten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands tagte am Donnerstag, den 20. Mai 1908, in Berlin aus Anlaß des Erscheinens der Reichsversicherungsordnung und mit Rücksicht auf die darin vorgesehene gesetzliche Regelung der Mitgliedsverhältnisse dieser Angestellten. Einzigiger Punkt der Tagesordnung war ein Referat des Verbandsvorsitzenden Carl Siebel-Berlin: „Stellungnahme der Angestellten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands zur Reichsversicherungsordnung.“

Die Ausführungen des Referenten, der in der Diskussion allseitige Zustimmung fand, gipfelten in folgenden Forderungen: Die Art der in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen gesetzlichen Regelung der Mitgliedsverhältnisse der Angestellten der Zwangsrentenkassen und der Berufsvereinigungen ist mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Sie entspricht nicht den wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Kassenangestellten und ist für die Angestellten der Berufsvereinigungen völlig unzulänglich. Selbstverständlich müssen alle bisherigen Angestellten der Versicherungsträger in der Reichsversicherung auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes weiter beschäftigt werden. Zur gesetzlichen Regelung der Mitgliedsverhältnisse der Angestellten müssen Dienstordnungen, die von Aufsichtsinstanzen weder zu genehmigen noch anzuordnen sind, geschaffen werden und Bestimmungen über einen Besoldungsplan, die Festsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, die Gehaltszahlung bei unverkündeter Arbeitsbindung, einen Ferienurlaub, dauernde Anstellung nach höchstens zweijähriger Tätigkeit und Gewährleistung des Koalitionsrechtes enthalten. Ferner müssen gesetz-

liche Verteilungen der Angehörigen geschaffen werden. Und zwar für jeden Bereich ein Personal-ausschuss und weiter Eingangscommissionen und Schiedsausschüsse analog denen der Ärzte. Die Behörden sollen nicht das Recht haben, die Wahl von Angehörigen zu befehlen und Anforderungen an die geschäftliche Befähigung festzusetzen. Ein Stellung von Militärärzten soll ausgeschlossen sein.

Der Kongress war von mehr als 650 Angehörigen aus allen Teilen des Reichs, die mehr als 3000 ihrer Kollegen vertreten, besetzt. Er bildete eine imposante Demonstration für soziale Forderungen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Konjunkturschwankungen. — Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. — Die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Die Wirkung der Konjunkturturve.

Wenn es Aufgabe der wirtschaftlichen Berichterstattung ist, die Vorgänge und Zustandsveränderungen in der Warenherstellung, auf dem Arbeits-, Geld- und Warenmarkt sowie auf dem Gebiete des Konsums festzuhalten und in ihrer Wirkung auf den gesamten wirtschaftlichen Organismus zu würdigen, so dürfen in der Arbeiterpresse vor allem die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht übersehen werden. Denn gerade sie sind für die gewerkschaftliche Aktion von besonders hervorragender Bedeutung. Es ist nicht nur zwecklos, sondern schädlich, Veränderungen, die nun einmal eingetreten sind, nicht zu beachten, oder sie gar betreiten zu wollen. Es ist vom Standpunkte des Arbeiters als des Verkäufers der Ware Arbeitskraft auch falsch, die Lage des Arbeitsmarktes gewissermaßen um jeden Preis trübe zu schildern; keine Ware gewinnt auf dem Markt an Wert, wenn ihre Verkäufer den Schwankungen der Konjunktur mit fatalistischer Reserve gegenübersehen. Die Arbeiter haben nicht das geringste Interesse daran, daß die Zeichen der Erholung, wie sie sich seit einiger Zeit auf wirtschaftlichen Gebieten zeigen, übersehen werden, sondern sie wollen möglichst frühzeitig auf sie hingewiesen werden. Das schließt eine nüchterne Kritik der Symptome der Besserung keineswegs aus.

Der Monat April hat eine scheinbare Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebracht. Die Zeitmeldung dieser Wendung mag vielleicht auf den ersten Blick überraschen, aber das ist kein Grund, die Wendung einfach zu ignorieren. Die Wendung ist so wichtig für die Arbeiterschaft, daß sie nicht ernsthaft genug erörtert werden kann. Um die Bedeutung der im April auf dem Arbeitsmarkt eingetretenen Wendung zu erkennen, ist ein Rückblick auf den Arbeitsmarkt von dem Zeitpunkt ab, zu dem der gewerbliche Rückgang sich auf ihm äußerte, angezeigt. Zum ersten Male ging im Juni 1907 der Andrang über das Niveau des Vorjahres hinaus und zwar hatte sich der Mehrandrang auf je 100 offene Stellen nach der Statistik des Arbeitsmarktes bis Dezember 1907 wie folgt:

Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
1,48	0,81	8,00	9,72	14,14	24,60	43,60

Während des Jahres 1908 schwankte der Mehrandrang zwischen 35,97 im Juni und 68,74 im Dezember. Nun kommt das Jahr 1909. Hier brachten die bisher veröffentlichten Monate folgenden Mehrandrang:

Januar	Februar	März	April
38,36	45,50	27,33	7,1

Bis Februar einschließlic war der Mehrandrang noch außerst stark. Im März setzte dann eine deutliche Abnahme ein, der Mehrandrang war wenigstens wieder niedriger als je in einem Monat seit Dezember 1907. Doch war diese Verminderung noch lange nicht so in die Augen fallend wie die des Monats April, in welchem der Mehrandrang gegenüber dem Vorjahre bis auf 7,1 Arbeitsuchende pro 100 offene Stellen zurückgegangen ist. Dieses scharfe Nachlassen des Mehrangebotes ist um so bemerkenswerter, als im April ein gut Teil des alljährlichen Mehrangebotes auf dem Arbeitsmarkt zu irönen pflegt. Auch im laufenden Jahre war dies der Fall. Die Menge der Arbeitsuchenden hat daher auch im April 1909 kräftig zugenommen.

Das trotzdem eine so scheinbare Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist, ist auf eine allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades zurückzuführen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ungewöhnlich im Vergleich zum Vorjahre gestiegen, die Einstellungen sind in einem Grade erfolgt, daß trotz der Zunahme des Angebotes die starke Abnahme des Mehrandranges erfolgen konnte. Neben der Landwirtschaft, die Erwaren freier Arbeitskräfte absorbierte, war es vor allem die ausgedehnte Wiederaufnahme der Bau-tätigkeit, die einem Meer Arbeitsloser und Arbeit-

findender wieder Arbeitgelegenheit bot. Weiter hat sich die Beschäftigungsgewinne schon recht nennenswert im Textil- und Bekleidungsgebiete, im Holzgewerbe usw. geltend. Gegenüber diesen Steigerungen kann die Konjunktur aber gar noch Verschärfung der un-günstigen Lage im Kohlenbergbau sowie im Eisen- und Metallgewerbe sowie in der Maschinenindustrie nicht ja sehr ins Gewicht fallen, um die Gesamt-besserung abzumindern zu können. Im Kohlenbergbau nimmt allerdings die Arbeitslosigkeit noch immer ab, während im Eisengewerbe und den weiterverarbeitenden Industriezweigen die Lage wenigstens noch ziemlich angeklart ist.

Wenn wir von einer scheinbaren Erholung auf dem Arbeitsmarkt reden, so ist damit schon gesagt, daß die gegenwärtige Lage noch keineswegs irgend-wie befriedigend könnte. Sie ist vielmehr abioht betrachtet, noch immer recht unangst. Aber es ist ein Mierverhältnis, ab die Inangst in der Zu- oder in der Abnahme begriffen ist, oder ob ihr Grad stabil bleibt. Die Inangst geht zurück und trotzdem wird das Jahr 1909 noch unter dem Eindruck eines sehr er-heblichen Mehrangebotes stehen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß das ganze Jahr 1908 hindurch die Beschäftigungsziffer einen Stand zeigte, der fast das gesamte Mehrangebot auf dem Arbeitsmarkt in die Kategorie der Arbeitslosen bewies. Wenn also 1909 die Beschäftigungsziffer auch wieder kräftig zunimmt, so wird es doch noch recht lange dauern, bis das Mehrangebot aus den Jahren 1908 und 1909 von der Nachfrage aufgenommen sein wird. Trotz der Erholung werden Rückfälle nicht ausbleiben. Die Signatur der Marktlage kann also durch die Normel ausgedrückt werden: steigende Nachfrage bei starkem Mehrangebot.

An den Börsen, vornehmlich an der Berliner Börse, werden die Gründe der Besserung in der Wirtschaftslage in den neuerlichen harten Anregungen aus Amerika gesucht. Diese Annahme ist durchaus überflüssig. Es fällt allerdings auf, daß das Wiederaufleben von Handel und Wandel in den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland auf den ersten Blick zeitlich zusammenfällt. Es fehlt auch nicht an gemeinsamen Ursachen der Erholung, die namentlich auf dem Gebiete des internationalen Geldmarktes zu finden sind. Bei uns in Deutschland gehen die ersten Anzeichen einer Erholung bis in den September 1908 zurück, während sie für die Vereinigten Staaten, soweit dies auf Grund des hiesig behaupteten Materials zu beurteilen ist, erst viel später zu beobachten waren. Ist bis vor kurzem waren die Stimmungsbereiche aus den Vereinigten Staaten noch schwarz in schwarz gehalten, während sie jetzt nicht hell und licht genug ausgepicht werden können. Da aber gerade die amerikanischen Stimmungsbereiche in besonders hohem Maße die Meinung der die Börse beherrschenden Kraft widerspiegeln, so sind sie nicht im geringsten geeignet, die tatsächliche Entwicklung der Konjunktur wiederzugeben. Nur soweit kann unter Berücksichtigung einiger statistischen Materials behauptet werden, daß auch in den Vereinigten Staaten eine Wiederbesserung auf wirtschaftlichem Gebiete eingetreten hat. Als scheinbar kann die Zunahme der Bautätigkeit in den Städten, die Ausdehnung der sehr stark zurückgegangenen Ab-wiesengewinnung, die Steigerung des gesamten Güter-verkehrs und die Steigerung der Umsätze im Handel bezeichnet werden. Soweit schon für die Monate des laufenden Jahres Nachrichten über den Arbeitsmarkt vorliegen, geht aus ihnen eine allmähliche Verringerung des Mehrangebotes hervor. Doch ist bei der unentwickelten Arbeitsmarkt-Berichterstattung über den Grad dieser Verringerung noch nichts zu sagen.

Werden wir zum Schluß noch einen Blick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien, so fehlt es zwar auch hier nicht an deutlichen Symptomen der Erholung, aber bei der großen Abhängigkeit Großbritanniens vom Weltmarkt setzt sich die Besserung weit langsamer und schwächer durch als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Auf dem Weltmarkt beruht noch immer bei scharfem Wettbewerb eine mäßige Nachfrage. Die Ausfuhr Großbritanniens bleibt noch wie vor stark gedrückt. Die Beseung des In-landsmarktes reicht aber nicht aus, um das britische Geschäftsleben entsprechend zu beeinflussen. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die Zeichen der schwersten Stagnation auch in Großbritannien vorüber sind. Auf dem Arbeitsmarkt äußert sich diese Wendung in einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, namentlich unter den gelernten Arbeitern.

Rebersteinmündend ergibt sich für die drei führenden Industrieländer eine Frühjahrsbelebung, die graduell zwar sehr verschieden, doch stark genug ist, um behaupten zu können, daß die Konjunkturturve sich wieder nach aufwärts bewegt, daß der auf dem Arbeitsmarkt bisher lastende Druck nachzulassen beginnt. Bleibt man festlich an Einzelheiten hängen und verzagemeinert jede ungünstige Nachricht, die der Alltag bringt, ohne

alle Mühsicht, wie der einzelne Fall sich in das Gesamt-bild einzureihen hat, so wird man wie zu einer formalistischen Diagnose der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen, sowie des Arbeitsmarktes im beson-deren gelangen, sondern genau nach dem Vorbild der Handelspresse den einzelnen Vorgänge als un-wichtig nehmen. Privatkapitalistisch ist diese Art der Berichterstattung durchaus berechtigt, aber volkswirt-schaftlich hat sie die bedauerlichen Schattenseiten. Vielmehr aber schädlich ist diese überkommene Be-richterstattung vom Standpunkte einer gewissen-baften Arbeitsmarktpolitik.

Berlin, am 16. Mai 1909. Rich. Calwer.

Rundschau.

Die Schlichte Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen hielt am 19. Mai ihre Generalversammlung unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit in Leipzig ab. Die scharfe Zurückhaltung, die geübt wurde, konnte jedoch nicht verhindern, daß die „Leipziger Volkszeitung“ einen Bericht über die Versammlung bringt, der die Herren jedenfalls tief betrüben wird. Haben sie es doch sehr bitter empfunden, daß auch im Vorjahre die sozialdemokratische Presse einen ausführlichen Bericht über ihre Tagung brachte, was ihnen Veranlassung gab, diesmal ganz besondere Vorichtsmaßregeln zu treffen. Aber auch diese haben sich als vergeblich erwiesen.

Der Grünpeter-Treden konnte in seinem Geschäftsbericht mitteilen, daß die Gesellschaft, die im Jahre 1907 1173 Mitglieder zählte, die 85 Millionen Mark Löhne zahlte, bis zum Schluß des Jahres 1908 auf 1263 Mitglieder angewachsen war, die 109 Millionen Mark Löhne zahlte. Im Jahre 1908 wurden 135 Streiks mit 140.000 Mark entschädigt; der längste Streik erforderte 25.000 Mk. Entschädigung. An die Gesellschaft wurden u. a. Fragen gerichtet, wie Tarife aufzustellen seien, wie gelbe Vereine zu gründen sind, woher am leichtesten Arbeitswillige bezogen werden können usw.; auch wurden Arbeitsbedingungen und Entlassungs-scheine nach einheitlichem Muster gewünscht. Eine Um-frage, ob mit den Gewerkschaftsführern zu ver-handeln sei, hat sehr verschiedene Antworten gezeitigt. Während einige Unternehmer gern ver-handeln und Tarifverträge schließen und sich nachlässig annehmen, lehnen andere jedes Verhandeln grundsätzlich ab. „An was haben wir die gelben unterständlichen Vereine?“ heißt es in einer Antwort. Allerdings, fügt der Berichtsersteller hinzu, können die Industriellen, die vernünftig antworten, sich rühmen, daß ihre Arbeiter noch schlecht bezahlt sind.

Sehr unzufrieden sind die sächsischen Indu-striellen mit dem Verein deutscher Arbeitgeber-verbände zur Entschädigung der Arbeitseinstellungen. Diese Entschädigungsgesellschaft hat ihren Sitz in Berlin, und die Sachsen fühlen sich durch sie schlecht behandelt. Diese haben gemästete Verbände, die prozentual niedrigere Entschädigungssätze erhalten als die Brandenburger. Auf dem kürzlich in Berlin abgehaltenen Delegiertenkongreß wurde der von den Sachsen gestellte Antrag auf anderweitige Bemessung der Unterzahlungen abgelehnt und deshalb soll jetzt mit der Mündigung des Vertrages gedroht werden. Der bekannte Dr. Stresemann empfahl, einen Pluff herauszufinden, aber die Sache müsse sehr geheim gehalten werden, „denn sonst wird sich hier klamiert“. Dieser Scharfmacherfretter wird sich jedenfalls ganz besonders darüber freuen, daß die Berliner Herren nun auf dem Wege über die sozialdemokratische Presse von seinen Pluffplänen Kenntnis erlangen und erfahren, daß die Mündigung nicht ernst gemeint ist, sondern daß es sich nur um einen „Mender“ handelt.

Diese Verhandlungen sind auch für die Arbeit-schaft in höchstem Grade interessant. Sie zeigen uns, wie dringend notwendig der Ausbau der Gewerkschaften ist, wenn wir den Unternehmern, die un-ab-lässig rufen, gewachsen sein wollen. Dann aber be-stätigen sie aufs neue, daß die vaterländischen und gelben Vereine lediglich Internernehmensgruppen sind, die von den Fabrikanten gegründet und unterhalten werden zu dem Zweck, die auf eine Besserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter niederzubalzen.

Kodmittel der Rabattsparrörine. Aus den Er-trägnissen für nicht eingelöste Sparmarken und den Zinsen fließen den Rabattsparrörinen bekanntlich erhebliche Summen zu, die meistens von den Ver-einen kapitalisiert werden. Einen Bruchteil dieser Summen braucht man gewöhnlich zur „Verteilung“ an die Sparer, wobei natürlich recht kräftig in das Kesselniveau getaucht wird. Was es mit dieser „Ver-teilung“ aber auf sich hat, dafür ein Beispiel aus Magdeburg. Der dortige Rabattsparrörine beschloß die Verteilung von ganzen 2000 Mk., die nach einer Refinanzmachung des Vorstandes in folgender Weise r. r. sich gehen soll. Vom 1. April ab erhält jeder Selbstsparrer, solange die 2000 Mk. reichen, bei Ein-

lösung eines vollgestellten 5 Mk.-Buches und gleichzeitiger Entnahme eines neuen Buches in demselben eine Wertmarke von 25 Pf., und bei Einlösung eines vollgestellten 10 Mk.-Buches und gleichzeitiger Entnahme eines neuen 10 Mk.-Buches in diesem — zwei Wertmarken à 25 Pf. gleich 50 Pf.! Erst müssen also die „Sparer“ die Rabattparven in erhöhten Warenpreisen bezahlen, dann erhalten sie nur einen Teil des so „gesparten“ Geldes zurück. Von dem Rest läßt der Rabattparverein in großmütiger Weise 2000 Mk. den Sparern zukommen, und zwar in Portionen von 25 und 50 Pf. Dieses fürstliche „Geschenk“ kann man aber erst verwerten, wenn man ein oder zwei Sparbücher vollgestellt und somit längst in form erhöhter Warenpreise bezahlt hat, was man vorher als „Geschenk“ erhielt. Und solche Bauernfängertriche dienen obendrein als Kasse für die Rabattparvereine.

Der Einfluß des Rauches auf die Atmungsorgane. Statistische Untersuchungen haben ergeben, daß starke Raucherwidelung ungünstig auf die Gesundheit der großen Massen einwirkt und in manchen Gegenden direkt als ein die Sterblichkeit erhöhendes Moment zu betrachten ist. Die große Mortalitätsziffer in den Industriestädten Rheinlands und Westfalens wird ja bekanntlich auch der Kohlenfeuerung zur Last gelegt. Namentlich ist der zarte Organismus des Kindes gegenüber dem Rauche außerordentlich empfindlich und die erhöhte Sterblichkeit der Kinder an Luftröhrenkatarrhen und Lungenentzündungen wird von manchen Forschern daher direkt dem Rauche zugeschrieben. Um die Aufhellung dieser Verhältnisse hat sich der Sozialhygieniker Dr. Fischer große Verdienste erworben. Er berechnet unter anderem, daß die Sterblichkeit der Ruhrkohlenarbeiter um 150 Proz. größer ist wie diejenige der gleichen Altersklassen in Preußen, die Einheimischen weisen dabei eine erhöhte Disposition auf, wie die vom Lande Zugewanderten. Beim Rauch sind es hauptsächlich die mechanischen Bestandteile, die schädlich wirken, als die chemischen, da diese, wie das Kresotol, ja bekanntlich antiseptisch und desinfektorisch wirken und deswegen bei Wundentzündungen als Heilmittel verwendet werden. Die ungenießbaren Bestandteile des Rauches zeigen die Schleimhaut der Luftröhre, erzeugen Entzündungen, Geschwüre und Blutungen. So wird eine Disposition zu akuten Lungenentzündungen erzeugt und bei Tuberkulose der Verlauf beschleunigt, was man auch experimentiell an Tieren nachgewiesen hat. — Man impfte Tiere mit Tuberkulose und ließ sie alsdann Rauch einatmen. Da ergab sich dann, daß diejenigen Tiere, welche viel Rauch eingeatmet hatten, früher zugrunde gingen, wie diejenigen, welche wenig Rauch eingeatmet hatten.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 16. 5.) In einer am 6. Mai im Volksbause stattgefundenen Mitgliederversammlung erkrankten die Delegierten Bericht von der Kölner Generalversammlung. Kollege Sauer wies zunächst auf die nun perfekt gewordene Verschmelzung mit dem Portefeuilerverband hin und behandelte dann eingehend das neue Statut, welches am 1. Juli in Kraft tritt. Nachdem noch Kollege Berndt einiges ergänzt hatte, entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Art und Weise wie die Beitragserhöhung durchgeführt worden ist, wurde einer scharfen Kritik unterzogen, und warben sich die Kollegen in Zukunft eine derartige einseitige Handlungsweise. Auch die Umgestaltung der Unterrichtsvereine und die Erhöhung der Beamtengelder wurde von den Rednern nicht gutgeheißen. Zum Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Berndt die Abrechnung vom 1. Quartal, welche sich etwas günstiger gestaltete als die letzte, indem wir um 14 Mitglieder zugenommen haben. Auf Antrag der Redatoren wurde dem Kollegen Berndt Entlastung erteilt.

Zum Punkt „Verchiedenes“ beschäffte sich man mit dem Ausschluss des Kollegen Schöpf, wegen unkollegialen Verhaltens seinen Mitarbeitern gegenüber, und stimmten die Kollegen dem Ausschluss zu. Nach Erledigung einiger Anfragen wies der Vorsitzende noch auf die bevorstehenden Landtags- und Stadtverordnetenwahlen hin, worauf Schluss der von 108 Kollegen besuchten Versammlung erfolgte.

Ann. d. Red.: Ganz klar ist uns nicht geworden, was man in Dresden damit meint, wenn man die Beitragserhöhung eine „einseitige Handlungsweise“ nennt. Die Art und Weise dieses Vorganges war uneres Wissens durchaus nicht „einseitig“.

Leipzig. (E. 15. 5.) Am 7. Mai fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Da eine Diskussion in der letzten Versammlung bei Erstattung der Berichte über die Kölner Generalversammlung nicht mehr möglich war, wird heute in dieselbe sofort eingetreten. Kollege Döhler leitete folgende ein. Er bedauert, daß die meisten von Leipzig gestellten Anträge abgelehnt worden sind, namentlich die Anträge 2 und 92. Ueber unseren Antrag hätte es in Köln mindestens einmal zu einer Aussprache

kommen müssen, die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß gerade dieser Punkt über das lange Sperren gewisser Städte zu scharfen Polemiken geführt hat. Er glaubt, daß die Zeit eine viel zu kurze war, um alle Anträge zu erledigen. Weiter sei zu sagen, daß die kostbare Zeit dort mit den örtlichen Angelegenheiten der Sattler und Portefeuilier in Essenbach vergeudet worden ist, dies hätte vorher besser geregelt werden können. Kollege Möring abt Kritik an der Festsetzung der Gehälter der Beamten auf dem Gewerkschaftsfest. Des weiteren polemisiert er gegen Steiner, indem dieser dort auf seine Angelegenheit zu sprechen gekommen ist. Kollege Vertbold erklärt sich im allgemeinen einverstanden. Die Neuernungen müssen erst einmal in den nächsten drei Jahren erprobt werden. Die Kollegen Steiner und Berger verteidigen ihre Eckinnehme zu den verschiedenen Anträgen und glauben, das beste für die Allgemeinheit gelte zu haben. Des weiteren verweisen sie auf das Protokoll, das nächsten erscheinen wird, um eventuell noch einmal Stellung dazu zu nehmen. Im „Gewerkschaftsplan“ fehlt eine recht unerquickliche Debatte ein. Es hätten drei Kollegen ihren Austritt aus dem Verbands erklärt. Es handelte sich um langjährige Mitglieder und lagen persönliche Justizfragen in der Werkstelle zugrunde. Die Betreffenden haben inzwischen ihren Austritt zurückgezogen und sind wieder Majnahmen binständig. Der Vorsitzende macht noch bekannt, daß am Himmelfahrtstage ein Ausflug nach den Portendörfern stattfindet und bittet um rege Beteiligung. Hierauf erfolgte um 12 1/2 Uhr Schluss.

Augsburg. (E. 16. 5.) Am Sonntag, den 9. Mai, hielt die hiesige Zirkale eine größere Sattlerversammlung ab, zu welcher sämtliche am Orte und in der Umgebung wohnenden Kollegen eingeladen waren. Als Referenten hatten wir den Kollegen K. Müller, Vorsitzenden der Zirkale München, gewonnen, welcher über die Generalversammlung in Köln sprach. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: „Antwort auf unsere Anfrage bei der hiesigen Sattler-Jungung betreffs Samstag-Fahrt und Arbeitsnachweise.“ Die Versammlung war leider nur mittelmäßig besucht. Was unter anderem Müller über das Thema aussprach, können wir im Detail nicht aufzählen. Erwähnt sei nur, daß er leicht und verständlich den Sachverhalt darlegte. Wir sind nun wieder einen guten Schritt vorwärts in der Organisation gekommen und können den Zusammenschluß mit dem Portefeuilier-Verband begrüßen. Auch die Regelung der Unterfertigungsarten bei dem niedrigen Beiträge löste unsere Befriedigung aus. Es ist nur bedauerlich, daß zu dem gediegenen einseitigen Vortrag nur 3 Anorganisierte erschienen waren, die erfreulicherweise am Schlusse der Versammlung dem Verbands beitraten. Zum zweiten Punkt gab Kollege Horn den Bericht von der Sattler-Jungung über unsere Anfrage. Am 18. März verlangten die Kollegen der Sattlerjungung Einführung des Arbeitsnachweises und zweitens Samstags 5 Uhr Werkstattdienst, und erhielten um baldige Antwort. Als selbige wieder auf die lange Wand geschoben wurde, fragten wir nochmals an, und zwar durch das Arbeitersekretariat; dieses zog, es ging uns folgende Antwort zu: „Es ist uns unmöglich, unseren Gehilfen am Samstag um 5 Uhr Feierabend zu geben; einen Arbeitsnachweis wollen wir später einführen und soll vorläufig ein jeder Durchziehende 50 Pf. bei einem Jungungsmitgliede erhalten. In einer hiesigen Werkstelle ist bereits eine Stunde Arbeitszeit in der Woche gestrichelt worden. Selbstverständlich wurde dieses bloß durch die Einmütigkeit der Kollegen erreicht.“

Es ist dieses leider nur ein kleiner Erfolg, der sicher größer gewesen wäre, wenn die Kollegenchaft Augsburgs ihre Interessen energischer wahrnehmen und vertreten würden.

Wir werden es aber nicht aufgeben, immer und immer wieder zu agitieren für unsere Sache, bis der letzte Mann dem Verbands angehört. Jeder Kollege muß Agitator sein, nur dann kann hier am Orte etwas Gutes und Erprobliches geschaffen werden. Gut, nur Gut! Wieder sind wir um einige Mann stärker! Augsburgs Sattler wacht auf! Es ist die höchste Zeit, schließt Euch dem Verbands an!

Vereint seid Ihr alles, Vereinzelt nichts.

Berlin. (E. 17. 5.) Am 13. Mai fand unsere Generalversammlung Kommandantenstr. 58/59 statt. Die Tagesordnung war: 1. Geschäftliches. 2. Bericht und Abrechnung vom ersten Quartal. 3. Regelung der Lotallasse. 4. Wahl einer vierzehngliedrigen Kommission zur Revision des Ortsstatuts. 5. Antrag auf den Verbands gegen den Kollegen Richard Wiltner. 6. Verchiedenes.

Nach Zustimmung zu den Renaufnahmen gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Hervorzuheben ist, daß die wasserbüchse Brande mit den Unternehmern einen Vertrag auf drei Jahre abge-

schlossen hat. Der Minimallohn beträgt 27 Mk. Die Männerammlung war von 1000 Kollegen besucht. Genosse Vertbold referierte. Kollege Behner gab den Massenbericht. Nach Annahme desselben wünschte der Kollege, daß sich die Mitglieder mit dem neuen Statut vertraut machen sollten. Zum dritten Punkt wurde die Kölner Resolution: „Die Generalversammlung empfiehlt den Ortsverwaltungen, daß sie die Mitglieder derjenigen Gruppen, welche keine Beiträge zu den bestehenden Lotallassen entrichten haben, vom 1. Oktober 1909 vollberechtigte Mitglieder derselben sind, falls sie im Laufe des Monats Juli beitreten“, einstimmig angenommen. Zu der Wahl der Kommission nahmen die Kollegen Giesler, Goase, Sabu, Mizel, Reinhardt, Rusekman, Pieper, Rintowski, Krenzler, Miedel, Feich, Koh, Zunter und Zwanzig an. Ferner wurde der Ausschussantrag angenommen. Unter „Verchiedenes“ wurde bemängelt, daß der „Vorwärts“ keine Berichte bringt. Der amende Berichterstatter konnte sich darüber nicht aussprechen.

Königsberg. (E. 17. 5.) Am 12. Mai tagte hier unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Das Referat hatte Kollege Donalies übernommen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Kollegen Donalies von der Kölner Generalversammlung. 2. Verchiedenes.

Kollege Donalies gab in seinem 12stündigen Vortrage ausführlichen Bericht über Vorgänge und Beschlußfassungen in Köln und erwähnte, daß das, wonach wir solange strebt, endlich zutage ist, nämlich die Verschmelzung mit dem Portefeuilierverband. Dem Vortrage wurde aufmerksam und mit großem Interesse gefolgt, was aus der darauf folgenden sehr lebhaften Diskussion hervorging, welche mit dem Vortrage des Redners übereinstimmte.

Unter „Verchiedenes“ sprach Kollege Donalies sein Bedauern über das Verhalten der abgetrennten Kollegen aus. Die Versammlung beschloß deshalb, eine öffentliche Versammlung der Sattler am 20. Mai stattfinden zu lassen, wozu jeder Kollege von einem Mitglied persönlich durch ein überreichtes Flugblatt eingeladen wird.

Magdeburg. (E. 17. 5.) Am Mittwoch, den 12. Mai, fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Gaudleiter Ruch-Leipzig war als Referent erschienen und sprach über: „Ist die Arbeiterbewegung eine Kulturbewegung?“ Kollege Ruch schilderte das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber im Altertum. Der Arbeitgeber, der damals ein Interesse daran hatte, die Arbeitskraft der Hörigen recht lange zu erhalten, mußte für ausreichende Nahrung und Ruhe der Arbeiter sorgen. Dieses trifft heute bei der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr zu, da Arbeitsträfte genug vorhanden sind und der Arbeitgeber nach Willkür die Hungerpreise schwingen kann. Speziell England ist das klassische Land der Industrialisierung, indem dort schon recht früh mit der Ausbeutung der Frauen- und Kinderkräfte Raubbau getrieben wurde, so daß das Durchschnittsalter der in einzelnen Industriegruppen beschäftigten Personen bis auf 15 Jahre herabgesunken war. Da nun die Arbeiterkraft zu der Entfaltung ihrer Massenlage kam, gründeten sie Schutzorganisationen, welche von den Kapitalisten aufs äußerste bekämpft wurden, die aber durch ihre Wirkksamkeit der Arbeiterkraft wesentliche Vorteile brachten. Der Redner wies dann nach, wie Kulturprekud die Organisationen wirken, indem Länder ohne Arbeiterbewegung lange Arbeitszeiten und schlechte Entlohnung zu verzeichnen, und solche mit guten Organisationen durch gesetzliche Festlegung der Arbeitsdauer namentlich der jugendlichen Arbeiter, sich vor übermäßiger Ausbeutung geschützt haben. Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters wird durch kürzere Arbeitszeit bedeutend erhöht, wie ja das Verhältnis von England zu Indien deutlich gerade in der Baumwollindustrie zeigt. Obwohl England die höchsten Löhne und die kürzeste Arbeitszeit, Indien aber bei langer Arbeitszeit äußerst niedrige Löhne aufweist, ist doch das erste im Konkurrenzkampf überlegen. Auch in unserer Branche zeigt es sich deutlich, wie durch die Abschaffung des Rost- und Logiswens der Sattlergehilfen erst unabhängiger werden und somit an die Begründung eines eigenen Herdes denken konnte. Redner machte es den Kollegen zur Pflicht, wo noch Rost- und Logiszwang besteht, für dessen Beseitigung zu sorgen. Nachdem der Kollege Ruch noch darlegte, welche Vorteile die Organisation für die Kollegenchaft sonst noch mit sich bringt und die amwesenden, noch nicht in unseren Reihen stehenden Kollegen aufgefordert hatte, sich anzuschließen, beendete er seinen vortrefflichen und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, kam der Wunsch zum Ausdruck, daß, wenn auch durch den Streit von 1907 zurückgebrängt, wir danach streben wollen, alle organi-

fationsfähigen Kollegen für den Verband zu gewinnen. Da sich inzwischen mehrere Kollegen in die Mitgliederliste einschreiben ließen, wurde mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. (S. 28. 5.) Am 21. Mai fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, mit der Tagesordnung: "Neuegestaltung der Verwaltungsjahre durch die Verschmelzung". Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte der Vorsitzende auf die Wahlbewegung in Halle aufmerksam. Da Kollege Duseigneur von dort zufällig amtierend war, schilderte dieser den Gang der Verhandlungen näher und warnte vor Bezug nach Halle. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Kollege König unterbreitete der Versammlung ein Entschluß, welches in einer vorher stattgefundenen kommissarischen Vorstandssitzung ausgearbeitet wurde. Es sollen nach diesem vorläufig drei Branchen gebildet werden, und zwar: 1. Reifensattel-, Portefeuille- und Gesäßbrände 2. Treibriemen- und 3. Wagenbrände. Diese Branchen erledigen ihre Angelegenheiten selbständig, wählen je einen Obmann, welcher dem Vorstände zugezählt wird. Der erste und zweite Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer dagegen sind in der allgemeinen Generalversammlung zu wählen. Die allgemeinen Mitgliederversammlungen werden in Zukunft allmonatlich einmal abgehalten, dazwischen finden die Branchenversammlungen statt. Dies wäre das Bemerkenswerteste und dürfte auf diese Weise jede Branche zu ihrem Rechte kommen. Das Entschluß wurde einstimmig angenommen und soll später den Mitgliedern gedruckt angehängt werden. Etwas lebhafter gestaltete sich die Debatte, als der Vorsitzende, Kollege Berger, den Vorschlag des Vorstandes bekanntgab, wonach vom 1. Juli ab 10 Pf. Lokalbeitrag erhoben werden soll. Kollege Verthold

zieht die Bilanz der letzten Jahre und gibt der Anzahl Ausdruck, daß wir mit 5 Pf. Lokalbeitrag einen größeren Stammfonds nicht bilden können; dagegen konnte aber bei Einführung des 10-Pfennigbeitrags noch ein Zustand bei Arbeitslosigkeit und bei Streiks aus lokalen Mitteln erfolgen. Die Kollegen Stöhr und Ziegler wendeten sich scharf dagegen, doch erklärten sich die meisten anderen Redner mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden. Der Vertrauensmann der Portefeuille, Kollege Schürer, erklärt, daß seine Kollegen nicht dafür zu haben wären, eventuell würden einige austreten und werden selbst nächsten in einer Versammlung dazu Stellung nehmen. Es wird beschlossen, am 4. Juni in der Versammlung eine Resolution darüber vorzunehmen, und soll diese von 12 bis 10 Uhr dauern. Die Kollegen Seydewitz, Kotte und Spitzer werden als Wahlkommissionäre gewählt. Nachdem noch eine örtliche Angelegenheit erledigt war, erfolgte um 12 Uhr Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Berlin wurde das Mitglied Richard Rüttner, B. N. 5463, aus dem Verbannde ausgeschlossen.

Die Ortsvorstände werden dringend ersucht, die Adressen der neuen Ortsverwaltungen an den Unterzeichneten baldigst einzusenden.

Der Vorstand.
P. Blum, Berlin, Adalbertstr. 56.

Adressenänderungen.

Görlich, B. Ad. Rajons, Reichstr. 28. IV.
Samberg, B. Aug. Admet, Gieseler Str. 21.
König, B. Jos. Struwaner, Rammertstr. 24.
K. Jos. Benz, Köln-Ehrenfeld, Zimmerstr. 59. I.
Konjanz, B. Carl Kaiser, Schneckenburgstr. 14. II.
Krefeld, A. Restaurant Zeebeck, Ecke Westwall- und Ebertstraße.

Sterbetafel.

Berlin. Stephan Krolifowski, 67 Jahre alt, Lungenerkrankung (Treibriemenbrande). — Hermann Haukner, 49 Jahre alt, Folgen einer Rippenfellentzündung (Wagenbrände).
Ehre ihrem Andenken!

Bücherschau.

Das Preussische Gewerbesteuerrecht, amtlich, jetzt gültige Fassung. Verlag: V. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 60 Pf.
In dem gleichen Verlage und zu gleichem Preise wie 1. „Der Praktische Ratgeber bei Steuerreklamation nebst Preuss. Einkommensteuergesetz“, 2. „Das Neue Preuss. Ergänzungsteuergesetz“ ist dieses für jeden gewerblich tätigen Steuerzahler überaus wichtige Gesetz erschienen.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 12. Juni.

ANZEIGEN

Verwaltungsstelle Offenbach a. Main.

Montag, den 7. Juni 1909, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Auftrasse 9:

Ausserordentliche General-Versammlung der Sattler und Portefeuille.

Tagesordnung:

- 1. Wahl der neuen Ortsverwaltung und Kommissionen.
- 2. Verschiedenes.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß alle unsere Kollegen in dieser Versammlung erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Sine Sattlerei

mit guter Mundschau wegen dauernder Strahltheit sofort zu verkaufen. Offerten unter W. E. 180 an die Expedition dieses Blattes.

Gelegenheitskauf.

10 Zentner Fettgarleder-Abfälle

1	Niemer Kernleder	190	7
1	"	125	7
1	"	55	7

zu jedem annehmbaren Preise wegen Aufgabe zu verkaufen! Geil. Offerten unter K. L. 1470 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln.

Achtung!
Spezialgeschäft für
Kinderwagen-Reparaturen
Robert Mühle, Breslau VIII,
Klosterstraße 19.
Engroslager sämtl. Ersatzteile, als: alle Farben und Garnituren, Ledertücher, Näder, Gummiräder usw.
Spezialität: Stahlbügel-Verbede-Beziehen.
Schnellste und sauberste Ausführung.

Lehrbücher für Sattler:
Bergerhoff, Der moderne Tapezierer... 7,50 M.
Morgenstern, Der Sattler als Schuhmacher... 5,00
Kausch, Der Wagenfabrikant... 9,00
Kausch, Der Wagenlasten und sein Plan... 5,00
Kausch, Die Schule des Tapezierers... 7,50
Schlüter u. Kausch, Handbuch f. Sattler... 9,00
Schlüter, Zuschneiden der Sattler-Arbeiten... 7,50
Zu beziehen durch:
Joh. Sassenbach, Berlin SO. 16.

Slomke's Städtebuch
Reiseführer durch Deutschland und angrenz. Länder mit Eisenbahn- und Wegeliste, 356 S., geb. 1,20 M. In allen Buchhandl. zu haben od. geg. Einsend. v. 1,40 M. b. G. Slomke, Bielefeld.

An die verehrl. Ortsverwaltungen des Sattler- und Portefeuille-Verbandes.

Durch die Verschmelzung des Sattler- und Portefeuille-Verbandes werden sich für die verschiedenen Ortsverwaltungen eine Anzahl von Druckarbeiten (wie Geschäftsordnungen, Statuten, Briefbogen, Anwarts usw.) notwendig machen. Aus diesem Anlaß gestatten wir uns, den Ortsverwaltungen unsere Druckerei, welche Parteieigentum ist und in welcher die demnächst eingehende Portefeuillezeitung hergestellt wird, zur Anfertigung von Druckfachen aller Art bestens zu empfehlen.

Unsere Druckerei wurde durch Anschaffung von modernem Material und der neuesten Maschinen bedeutend vergrößert. Wir sind daher in der Lage, allen Anforderungen, die an eine geschmackvolle Druckfache gestellt werden, nachzukommen.

Promptester Lieferung in kurzer Zeit bei äußerster Preisberechnung dürfen Sie versichert sein.

Hochachtungsvoll
Buchdruckerei des Offenbacher Abendblattes in Offenbach a. M.
Gr. Marktstraße 23. Telefon 335.

Georg Wehnachts Bierhaus, Grünfr. 21.
H. Weik-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier
Zahlstelle der Zentral-Vereinigung der Sattler und der Ortsverwaltungen des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Friedl. Volksblätter“

Uhren auf Teilzahlung
Tausende beglückter Kunden.
Katalog mit circa 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 463
Belle-Alliance-Strasse 3.

Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung
Tausende beglückter Kunden.
Katalog mit circa 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 463
Belle-Alliance-Strasse 3.

Photographische Apparate auf Teilzahlung
Tausende beglückter Kunden.
Katalog mit circa 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 463
Belle-Alliance-Strasse 3.